

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Pazifikstaaten deklarieren Fischfang-Sperrzone

Majuro: Die Mitgliedsstaaten des „Nauru-Abkommens“ haben sich bei einem Treffen in der marshallesischen Hauptstadt Majuro entschlossen, zum 1. Januar 2011 eine Sperrzone auf der Hochsee zu deklarieren, in der kein Thunfisch mehr gefangen werden darf. Die Staaten Papua-Neuguinea, Palau, die Marshallinseln, Nauru, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Kiribati, Tuvalu und die Salomonen erhoffen sich von dieser drastischen Maßnahme eine Erholung der Bestände des Großaugenthuns, der in der besagten Sperrzone von Überfischung extrem bedroht ist. Die Sperrzone erstreckt sich über 4,5 Millionen Quadratkilometer, von Palau im Westen über Papua-Neuguinea bis hin zu Kiribati im Osten des Pazifiks und von den Marshallinseln im Nordpazifik bis hin zu Tuvalu im Zentralpazifik.

Das Fischfangverbot bezieht sich zunächst nur auf den Fang mit Langleinenbooten („purse seine fishing“). Die Vertragsstaaten des Nauru-Abkommens hoffen auch auf den Rückgang der illegalen Fischerei in der besagten Zone. Bei ihrem Treffen machten die Mitgliedsstaaten jedoch auch die Schwierigkeiten einer solchen Sperrzone deutlich. So rechnet man damit, dass nicht alle Thunfischfang-Nationen sich an das Verbot halten werden, da die Kontrolle eines derart großen Gebietes kaum möglich sein wird.

Info: Das „Nauru-Abkommen“ ist ein regionales Abkommen von acht Pazifikstaaten, die in ihren Gewässern über 25% der weltweiten Thunfischbestände „verwalten“ und damit rund zwei Milliarden US-Dollar jährlich an Einkommen generieren. Die betreffenden Länder gehören zu den 17 Mitgliedsländern der „Pacific Islands Forum Fisheries Agency“ (FFA). Die FFA ist eine pazifikweit

tätige Organisation für alle Mitgliedsländer des „Pacific Islands Forum“. Sie überwacht die nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer im Hinblick auf die Thunfischbestände im Pazifischen Ozean.

Das Nauru-Abkommen besteht seit 1982 und wurde in den letzten Jahren mehrfach an die aktuelle Thunfisch-Bestandssituation angepasst. Am 22. April haben die Parteien des Abkommens (Parties to the Nauru Agreement, PNA) eine Koordinierungsstelle in Majuro eröffnet. Von hier aus sollen die Beschlüsse der Mitgliedsländer umgesetzt werden. Das Büro finanziert sich über die Mitgliedsbeiträge der Vertragsstaaten, es steht unter Leitung von Direktor Dr. Transform Aqorau.

(Radio New Zealand Int. 23.04.10, http://www.ffa.int/nauru_agreement, <http://www.ffa.int/>)

Erfolgreiches Biorock-Projekt

Arno Atoll/Marshallinseln: Mit finanzieller Unterstützung der deutschen Regierung in Höhe von 100.000 € konnte auf dem Atoll Arno (Marshallinseln) erfolgreich ein „Biorock-Projekt“ durchgeführt werden. Ziel der künstlich angelegten Unterwasserbarriere aus einer Art Stahlbeton ist der Schutz der Lagune vor hohen Wellen sowie der Schutz des Sandstrands mit seinem damit verbundenen Ökosystem.

Die „Arno Koba Maron“-Gemeinde auf dem Atoll hatte sich für den Biorock entschieden, um mit den bedrohlichen Folgen des Klimawandels (Anstieg des Meeresspiegels, vermehrte Sturmfluten und Stürme, Korallenbleiche) fertig zu werden. Das Projekt stand unter wissenschaftlicher Leitung von Dr. Thomas Goreau, einem weltweit führenden Experten beim Schutz von Küsten und Korallen. Goreau ist Präsident der „Global Coral Reef Alliance“.

Im Namen der Bundesregierung besuchte Carsten Müller, erster Botschaftssekretär in der deut-

schen Botschaft in Manila (Philippinen) das Atoll, um sich von der erfolgreichen Umsetzung des Projektes zu überzeugen. Müller zeigte sich begeistert und sagte, er wolle sich dafür einsetzen, dass die deutsche Regierung ähnliche Projekte in anderen pazifischen Staaten fördere.

Info: Die „Biorock-Technologie“ ist ein Verfahren zur Abscheidung von Mineralien aus dem Meerwasser, um eine Art Stahlbeton herzustellen. Man versenkt Gestelle aus Baustahl und Metallgewebe mit der gewünschten Form in der See und lässt schwachen Gleichstrom hindurchfließen. Elektrolyse spaltet das Seewasser in seine chemischen Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff auf. Die Stahlkonstruktion ist hierbei der Minuspol und somit die Kathode. Vermutlich durch Konzentrationszunahme und die lokale Zunahme des pH-Wertes bildet sich auf ihr eine feste Kruste aus den im Meerwasser gelösten Salzen Kalziumkarbonat und Magnesiumhydroxid. Das kristallisierte Material auf dem Stahl hat eine weißliche bis graue Farbe und ähnelt in seinen Materialeigenschaften Beton. Pro Jahr wächst der Baustoff mit einer Geschwindigkeit von einem bis drei Zentimetern auf der gesamten Oberfläche.

Entwickelt wurde die Biorock-Technologie von dem Deutschen Wolf Hilbertz in den 1970er-Jahren. Hilbertz wurde von den Korallen und ihrem Wachstum inspiriert. Gemeinsam mit dem Biochemiker und Korallenforscher Dr. Thomas Goreau sorgte er mit der Anwendung der Biorock-Technologie für den Fortbestand vieler durch die Korallenbleiche schwer geschädigter Riffe auf Jamaika, den Seychellen, vor der Malediveninsel Ihuru, in Panama und in Bali. Unter anderem wurden dort künstliche Korallenriffe angelegt. Bis zum Jahr 2008 gab es in über 15 Ländern Biorock-Projekte. Beispiele gibt es in Thailand, Indonesien, Papua-Neuguinea und in Mexiko.

Setzt man auf die Stahlkonstruktionen abgebrochene, lebende Korallen, wachsen diese fest und breiten sich auf dem festen Untergrund aus. Denn die Polypen der Korallen verwenden einen großen Teil ihrer Energie darauf, Kalzium- und Magnesiumionen aus dem Meerwasser zu extrahieren. Mit der Mineralakkretion auf dem Stahl erspart der Mensch ihnen den Energieaufwand, selbst einen festen Untergrund zu schaffen. Dadurch wachsen sie viermal so schnell wie unter natürlichen Umständen.

Biorockstrukturen haben großes Potenzial als Wellenbrecher, da sie mit zunehmendem Alter immer stärker werden. Wird die Konstruktion von Stürmen und hohen Wellen oder durch die Kollision mit einem Schiff beschädigt, repariert sie sich mit Hilfe der Mineralakkretion zu einem großen Teil von selbst.

(Marshall Islands Journal 09.04.10, Wikipedia, <http://www.globalcoral.org>, <http://www.biorock.net/>)

Treffen zukünftiger Machträger

Samoa: 120 junge Menschen aus dem ganzen pazifischen Raum haben sich vom 11. bis zum 23. März in Samoa zu einem Gipfeltreffen zukünftiger Machträger getroffen. Der „Emerging Pacific Leaders Dialogue“ (EPLD) stand unter dem Thema „Navigating our future together“. Die jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 35 Jahren unternahmen in Gruppen aufgeteilt sogenannte „Study tours“ (Studienreisen) in benachbarte Inselstaaten. So kamen beispielsweise elf junge Leute aus Australien, Fidschi, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Samoa und Tonga nach Kiribati. Hier besuchten sie verschiedene Ministerien, Einrichtungen und Organisationen, die sich mit den Themen nachhaltige Entwicklung, regionale Kooperation, gute Regierungsführung, Umwelt, Bildung und Erziehung sowie Gesundheit befassen.

Info: Bereits zum zweiten Mal nach 2006 fand das EPLD statt. Die 120 Teilnehmer waren aus einem Bewerberpool von 600 Kandidaten ausgewählt worden. Alle Teilnehmer sind auf dem Weg, in ihren jeweiligen Bereichen eine erfolgreiche Karriere zu machen. Die meisten Teilnehmer haben sich bereits in den Bereichen „politische Führerschaft“ und „regionale Entwicklungszusammenarbeit“ ausgezeichnet. Das Treffen dient u.a. dem Austausch der Teilnehmer und ermöglicht zudem den teilnehmenden Staaten, das Potential der zukünftigen Manager, Verwaltungsfachangestellten und Politiker zu erkennen. In diesem Jahr endete das Treffen in Tonga mit einer Feierstunde, bei der u.a. Prinzessin Anne, die Tochter der britischen Königin Elisabeth II., sprach. Der Dialog fand unter ihrer Schirmherrschaft statt. (<http://www.epld2.com/>, Rongorongo Man 19.03.10)

Gender-Gerechtigkeit noch nicht erreicht

Die Gleichbehandlung der Geschlechter konnte im asiatisch-pazifischen Raum noch nicht durchgesetzt werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen UNDP. Der im März von UNDP-Chefin Helen Clark in Neu-Delhi (Indien) veröffentlichte Bericht „Power, Voice and Rights: A turning point for gender equality in Asia and the Pacific“ beschreibt die Gleichbehandlung der Geschlechter unter dem Thema „Equal rights, equal opportunities: Progress for all“. Dabei werden vor allem drei Bereiche in den Blickpunkt genommen: wirtschaftliche Macht, politische Entscheidungsträger und Recht und Gesetz. In allen drei Sektoren sind Frauen im pazifischen Raum stark unterrepräsentiert.

Die Ungleichbehandlung der Geschlechter steht der Umsetzung der „Millennium Development Goals“ im Weg, heißt es im Bericht. Für den Pazifik führt die Studie drei Bereiche auf, in denen

Frauen kaum öffentlich in Erscheinung treten; das sind 1) der Besitz und die Vererbung von Land, 2) fehlende Gesetze zum Umgang mit häuslicher Gewalt und 3) Frauen in politischen Führungspositionen bzw. im Parlament.

Die Studie benennt explizit die Bereiche, in denen Frauen besonders benachteiligt sind: So bekommen Frauen zwischen 54% und 90% weniger Gehalt als Männer in vergleichbaren Positionen.

Trotz vieler gut ausgebildeter und politisch engagierter Frauen gibt es extrem wenige Parlamentarierinnen. Im einwohnerstärksten Land des Pazifiks, Papua-Neuguinea, sitzt z.B. nur eine Frau im Parlament des knapp sechs Millionen Einwohner zählenden Staates.

Mangelnde Gesundheitsfürsorge, ausbleibende Kontrollen von Schwangeren und traditionell begründete Gewalt gegen Mädchen und Frauen schwächen die Stellung von Frauen in einigen pazifischen Gesellschaften besonders stark.

Zur Lösung der beschriebenen Problematik bietet der Bericht acht Empfehlungen für die im Titel genannten Sektoren Power, Voice and Rights: So sollten mehr Frauen als legale Besitzerinnen von Land oder Geschäften in die Öffentlichkeit treten, Frauen sollten genauso viel verdienen wie Männer, die Migration von Frauen und Familien müsste in einem sicheren Rahmen ablaufen und es müsste mehr Geld in die Gesundheit und Bildung von Mädchen und Frauen investiert werden.

Der 255-seitige englischsprachige Bericht schlussfolgert, dass die Förderung von Frauen der Gesellschaft als Ganzer zu Gute komme und die Entwicklung aller Menschen fördere.

Info: Der seit 20 Jahren jährlich von der UNDP vorgelegte „Asia-Pacific Regional Human Development Report“ (APHDR) behandelt länderübergreifende Themen aus Sicht der betroffenen Men-

schen. Er soll den Regierungen Handlungsoptionen aufzeigen und gleichzeitig zum Dialog zwischen Staat, Zivilgesellschaft, der akademischen Welt, dem Privatsektor und den Medien anregen, um gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu begleiten. Der APHDR widmet sich jährlich einem anderen Thema. Er wird von Experten diverser Fachrichtungen aus asiatischen und pazifischen Ländern im Auftrag der Vereinten Nationen verfasst.

([http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900sid/SMAR-83D45W/\\$file/Main_Report.pdf?openelement](http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900sid/SMAR-83D45W/$file/Main_Report.pdf?openelement), <http://www.un.org.vn>, <http://content.undp.org/go/newsroom/2010/march/helen-clark-remarks-at-the-2010-asia-pacific-human-development-report-launch.en>)

Auslegerboot segelt zur Expo auf den Spuren der Völkerwanderung

Frz.-Polynesien: Im Zuge der Weltausstellung in Shanghai (China) wird im Juni dieses Jahres ein traditionelles Auslegerboot von Tahiti nach China segeln. Die geplante Fahrtroute führt durch die Cook-Inseln, Niue, Tonga, Fidschi, Vanuatu, die Salomonen, Papua-Neuguinea, Indonesien, die Philippinen und Taiwan. Nach einer viermonatigen Fahr soll das Boot im Oktober in Shanghai landen und damit den letzten Höhepunkt vor der Schließung der internationalen Weltausstellung EXPO bilden und die Aufmerksamkeit der Besucher auf den Stand Französisch-Polynesien innerhalb des französischen Pavillons lenken.

Die Fahrtroute soll die Wanderung der austronesischen Völker in den Pazifik rückwärts nachvollziehen. Nach Meinung der meisten Archäologen stammen die Vorfahren der austronesischen Sprachfamilie (zu der die Ureinwohner Taiwans sowie die Indonesier, Madegassen, Mikronesier, Polynesier und mehrere melanesische Völker gehören) ursprünglich aus Südchina, besiedelten von dort aus Taiwan und stießen dann über die Philippinen und Indonesien in den Pazifik vor, wo sie im Zweiten

Jahrtausend vor Christus im Westen Polynesiens ankamen. Im Zuge dieser Wanderungen erfanden die Austronesier das Ausleger- und später das Doppelrumpfboot und revolutionierten damit die Navigationstechnologie.

Das Projekt wurde von dem tahitischen Wissenschaftler und Journalisten Hiria Ottino konzipiert. Ottino, Sohn eines französischen Anthropologen und einer Tahitierin, lebte mehrere Jahre in China, spricht fließend chinesisch und hat enge Beziehungen zur Pekinger Parteiführung. Damit war es ihm möglich, für das für heutige Standards ungewöhnliche Fahrzeug Genehmigungen zur Einfahrt in chinesische Gewässer zu erhalten. Zusätzliche internationale Arrangements waren nötig, um die sichere Durchfahrt durch die piratenverseuchten Gewässer Ostindonesiens und der Südphilippinen zu gewährleisten.

Ein reicher chinesischer Geschäftsmann aus Papeete erklärte sich bereit, das Projekt zu finanzieren. Der tahitische Amateursegler und Aktivist Clément Pito, der bereits seit Jahren privat am Bau eines hochseetauglichen Auslegerboots arbeitete, stellte sich als Bootsbauer und Kapitän zur Verfügung. Mitte April lief das Boot vom Stapel und wurde in einer traditionellen Zeremonie unter Leitung des *Tahu'a* (Priesters) Raymond Graffe auf den Namen „Upoo Tahiti“ (Kopf von Tahiti) getauft. Der Bootsrumpf hat eine Länge von 18 Metern und ist breit genug, um für Mitglieder der Mannschaft als Schlafkoje zu dienen.

Kurz nach dem Stapellauf kam es allerdings zu einem Zerwürfnis zwischen Pito und Ottino. Letzterer entzog Pito und seinem Boot die Unterstützung und begann stattdessen in Kollaboration mit Oscar Temaru, dem Präsidenten der Landesversammlung und Bürgermeister der Gemeinde Faaa, den Bau seines eigenen Auslegerboots, das, in Reflektion der politischen Haltung Temarus (und seiner Anglophilie) den Namen „O Tahiti Nui Freedom“ (Freiheit von Groß-Tahiti) tragen soll. Mit Un-

terstützung der Gemeindeverwaltung von Faaa versucht Ottino, sein neues Boot, das in seinen Dimensionen „Upoo Tahiti“ ähneln, aber mit 15 Metern Länge etwas kleiner sein soll, so schnell wie möglich zu bauen, um noch vor dem Ende der Expo in Shanghai ankommen zu können.

Pito wollte mit seinem Boot die ursprünglich geplante Route beibehalten und somit als erster in Shanghai ankommen, aber da er ohne Ottinos Unterstützung wahrscheinlich keine Durch- und Einreisegenehmigungen für asiatische Länder erhalten wird, sucht er jetzt nach einer alternativen Route für „Upoo Tahiti“. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Tahiti-presse, Tahiti-Pacifique)

VAE konkretisieren Unterstützung

Bei einem „High-level“-Treffen des Botschafters der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Scheich Ahmed Abdul Rahman Al Jarman, mit hochrangigen Vertretern von zehn pazifischen Inselstaaten Mitte April in New York hat der Scheich die bereits im Februar bei einer Besuchsreise zugesagte finanzielle Unterstützung der Pazifikstaaten konkretisiert. An dem Treffen in der Botschaft der VAE nahmen Politiker aus Samoa, den Salomonen, Palau, Nauru, Vanuatu, Tonga, Tuvalu, Fidschi, Mikronesien und den Marshallinseln teil.

Bei den bilateralen Gesprächen ging es vor allem darum, das im Februar vom Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Abdullah bin Zayed Al Nahyan, ins Leben gerufene „Pacific Islands Partnership Programme“ mit Leben zu füllen. Die VAE wollen die zehn ausgewählten Staaten mit 50 Millionen US-Dollar unterstützen. Sie sollen in Projekte aus den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur investiert werden. Der Botschafter der VAE erklärte nun, wie er sich die Förderung konkret vorstellt: So soll neben der finanziellen Unterstützung auch der Dialog zwi-

schen den VAE und den Pazifikstaaten unterstützt werden. Es sollen Partnerschaften zwischen Forschungseinrichtungen und Universitäten geschlossen werden und es sollen konkrete Entwicklungshilfemaßnahmen zum Kapazitätsaufbau (capacity building) in der Pazifikregion entwickelt werden.

(http://www.uaeinteract.com/docs/UAE_Pacific_Islands_discuss_mechanisms_of_implementing_Pacific_Islands_Partnership_Program/40498.htm, Samoa Observer 10.04.10)

Frankreich unterstützt pazifische Überseegebiete

Die französische Regierung wird in diesem Jahr 71 Projekte in den französischen Überseegebieten Neukaledonien, Französisch-Polynesien und Wallis und Futuna fördern. Dazu bewilligte sie die Summe von zwei Millionen Euro. Die Gelder stammen aus dem französischen „Fonds für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit im Pazifik“, kurz „Pazifikfonds“.

Die Zusage zur Förderung der Projekte erteilte Philippe Gomès, Präsident der Territorialregierung von Neukaledonien. Gomès ist zugleich Direktor des Vergabegremiums des Pazifikfonds, in dem zehn Mitglieder sitzen. Drei der Mitglieder kommen aus den jeweiligen pazifischen Überseegebieten, die anderen sind Regierungsvertreter aus Frankreich, so etwa Vertreter aus dem Übersee-Ministerium, dem Außen- und dem Finanzministerium.

Die Fondsgelder werden zur Unterstützung regionaler Projekte in den Bereichen Umweltschutz (333.000 €), Kultur (312.000 €), Wirtschaft (293.000 €), Gesundheit (230.000 €), Bildung (227.000 €), Wissenschaft (225.000 €) sowie universitäre Zusammenarbeit (122.000 €) verwendet. (*Flash d'Océanie* 04.05.10)

„Fiji National University“ eröffnet

Mitte Februar eröffnete Fidschis Premierminister Josaia Voreqe Bainimarama mit der „Fiji National University“ (FNU) eine neue Bildungsanstalt, die eine Reihe bereits im Vorfeld existierender Institutionen inkorporiert. Es handelt sich dabei im Einzelnen um die Fiji School of Agriculture, das Fiji College of Advanced Education, das Lautoka Teachers College, die Fiji School of Nursing, die Fiji School of Medicine und das Fiji Institute of Technology.

Die FNU ist in fünf eng miteinander verbundene Colleges unterteilt: 1) College of Agriculture, Fisheries and Forestry; 2) College of Engineering, Science and Technology; 3) College of Medicine, Nursing and Health Services; 4) College of Business, Hospitality and Tourism Studies; 5) College of Humanities and Education.

Die Universität hat ihren Campus in Nasinu, Fidschis größtem urbanen Ballungsraum, der sich nordöstlich an die Hauptstadt Suva anschließt. Die anderen Standorte befinden sich in Suva und Nausori. Es bleibt abzuwarten, ob sich die neugegründete Universität mit der etablierten „University of the South Pacific“ langfristig messen kann.

(Artikel von Dominik Schieder, Quellen: <http://www.fnu.ac.fj>, <http://archives.pireport.org/>)

Schriftsteller gewinnt Commonwealth-Preis

Samoa: Der samoanische Schriftsteller Albert Wendt ist für „The Adventures of Vela“ mit dem „Commonwealth Writers' Prize“ für die Region Asien-Pazifik ausgezeichnet worden. Der 70-jährige Wendt nahm den Preis in Sydney entgegen und bedankte sich für die große Ehre. Er habe sehr lange an diesem Buch gearbeitet, es käme seinem Lebenswerk gleich, erläuterte der bekannte Schriftsteller und Dichter.

Info: Albert Wendt wurde am 27. Oktober 1939 in Apia als Nachfahre deutscher und polynesischer Vorfahren geboren. Mit 13 Jahren siedelte er nach Neuseeland über, wo er an der University of Wellington seinen Master in Geschichte machte. 1974 ging er als Dozent an die University of the South Pacific nach Fidschi, hier stieg er bis zum stellvertretenden Dekan auf. Von 1988 bis 2006 lehrte er als Professor an der University of Auckland, zunächst im Fachbereich Englisch, später im neu gegründeten Fachbereich Pazifikstudien. Nach seiner Pensionierung widmet sich Wendt heute dem Malen und Schreiben. Er hat bis dato rund 20 Bücher veröffentlicht, darunter so bekannte wie „Leaves of the Banyan Tree“ und „Flying Fox in a Freedom Tree“.

In „The Adventures of Vela“ geht es um den unsterblichen Vela, einen samoanischen Liedermacher, Dichter und Schriftsteller. Das Epos beschreibt die Lebensgeschichte des Unsterblichen von seiner Geburt („*Vela, who was so red and ugly at birth they called him the Cooked*“) bis zur Ankunft der Kolonialherren auf Samoa.

Wendt vermischt in den kurzen Geschichten und Gedichten Elemente des traditionellen samoanischen „Storytelling“ und der traditionellen Lieder mit modernen Elementen von Rockmusik und HipHop-Sprechgesängen. Das Buch erschien 2009 im neuseeländischen Huia-Verlag.

(<http://www.english.emory.edu/Bahri/Wendt.html>, <http://books.google.de/>, Samoa Observer 12.03.10, <http://www.commonwealthfoundation.com/culturediversity/writersprize/2010prize/2008regionalwinners/>)

Taiwans Präsident zu Besuch

Kiribati: Im Rahmen einer Visitationsreise in die Pazifikstaaten, die die dem chinesischen Festland vorgelagerte Insel Taiwan als unabhängigen Staat anerkennen, hat der taiwanische Präsident Ma Ying-jeou Ende März auch Kiribati einen einwöchigen Besuch

abgestattet. Ma reiste mit einer 88-köpfigen Delegation an, bestehend aus Regierungsvertretern, einer Kulturgruppe sowie Medienvertretern. Der Tross befand sich auf einer Besuchsreise in die sechs pazifischen Länder, die Taiwan als von China unabhängigen Staat betrachten (Salomonen, Palau, Marshallinseln, Kiribati, Nauru, Tuvalu). Weltweit erkennen nur 23 Staaten Taiwan als eigenständigen Staat an.

Kiribatis Präsident Anote Tong nutzte den Besuch des taiwanesischen Präsidenten für die Einweihung zahlreicher von Taiwan finanzierter neuer Gebäude. So wurden u.a. sechs neue Doppelhäuser in Betio (Tarawa) eingeweiht, die im Rahmen des von Taiwan finanzierten Projektes „Housing Improvement“ von der kiribatischen Wohnungsbaugenossenschaft errichtet worden waren. (*Rongorongo Man Volume 10, Issue 11 u. Issue 13*)

Neuer Botschafter in Deutschland

Marshallinseln: Erstmals entsenden die Marshallinseln einen eigenen Botschafter nach Deutschland. Phillip Muller beginnt seinen diplomatischen Dienst im Juni in Berlin. Der Außenminister der Marshallinseln, John Silke, begrüßte den ersten „nicht-residentiellen“ Botschafter der Marshallinseln in einem Land der Europäischen Union (EU). Die Marshallinseln unterhalten zwar diplomatische Beziehungen in nahezu alle europäischen Länder, hatten bis dato aber dort keinen festen Botschaftssitz.

Der am 2. Januar 1956 geborene Phillip Henry Muller war von 1982 bis 1984 Vize-Außenminister der Marshallinseln. Von 1986 bis 1994 war er Bildungsminister und von 1994 bis 1999 Außenminister. Seit Juni 2008 war Muller der ständige Vertreter der Marshallinseln bei den Vereinten Nationen in New York.

Info: Die marshallesisch-deutschen Beziehungen reichen

zurück bis ins 19. Jahrhundert. Bereits 1885 wurde eine deutsche Handelsgesellschaft auf den Inseln errichtet. 1898 übernahm der erste Kaiserliche Kommissar Wilhelm Knappe die Hoheitsrechte für Deutschland. 1906 wurden die Inseln offiziell Teil der Kolonie Deutsch-Neuguinea.

Japanische Soldaten eroberten die Inseln 1914 während des Ersten Weltkrieges und errichteten auf ihr Militärbasen. Nach dem Krieg wurde Japan im Rahmen des japanischen Südseemandats vom Völkerbund offiziell mit der Verwaltung der Inseln betraut. Am 31. Januar 1944 wurde das Kwajalein-Atoll wegen der strategisch guten Lage des Archipels von den USA angegriffen und nach der Schlacht um Kwajalein am 3. Februar eingenommen. Innerhalb weniger Wochen fielen 30 weitere Inseln an die USA. Sie errichteten auf Majuro eine Militärbasis.

Nach dem Krieg gehörten die Inseln zum Treuhandgebiet „Pazifische Inseln“ der USA im Auftrag der Vereinten Nationen.

1979 wurden die Marshallinseln als Republik unabhängig und schlossen ein Assoziierungsabkommen mit den USA, das 1986 in Kraft trat. Formale Unabhängigkeit erreichten sie nach internationalem Recht 1990. (*Marshall Islands Journal 09.04.10, Wikipedia*)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Korruptionsbericht schockiert Premier

Premierminister Sir Michael Somare zeigte sich schockiert über den von einer Kommission vorgelegten Drei-Jahres-Bericht über das Ausmaß an Korruption innerhalb der neuguineischen Regierung. Die Untersuchungskommission (Commission of Inquiry) hatte die Zahlungseingänge und -ausgänge innerhalb des Finanz-

ministeriums über einen Zeitraum von drei Jahren zurückverfolgt und war dabei auf zahlreiche Vorgänge von regierungsinterner Korruption gestoßen. Betrügerische Falschbuchungen scheinen nach Aussagen der Kommission im Ministerium an der Tagesordnung zu sein. Auffällig sei vor allem die Zahlung von „Schweigegegeld“ an Bürger, die Fehlverhalten von Angestellten des Öffentlichen Dienstes zur Anklage bringen wollten. Um Klagen gegen einzelne Mitglieder der Regierung zu verhindern, habe das Ministerium Millionen Dollar zur Klageabwendung bezahlt und diese Zahlungen nicht offengelegt. Der Bericht geht von 300 Millionen US Dollar illegaler Zahlungen aus.

Sir Somare hatte die Ergebnisse des umfangreichen Berichtes persönlich im Parlament vorgetragen und dabei angemerkt, die Bürger würden „vor Ehrfurcht erstarren“ ob des Ausmaßes an regierungsinterner Korruption.

Die Organisation „Transparency International“ (TI), eine weltweite Allianz zur Bekämpfung von Korruption, erklärte nach Erscheinen des Berichtes, die Bürger Neuguineas hätten all ihr Vertrauen in die Regierung verloren. Ein Sprecher von TI riet der Regierung, die seit langem geplante „National Anti-Corruption Strategy“ (NACS) nun zügig einzuführen und sich an die dort ausgearbeiteten Richtlinien zur Bekämpfung der Korruption auch zu halten.

Die Überlegungen der Parlamentarier, die Machtbefugnisse der sogenannten „Ombudsman Commission“ zu beschneiden, seien schockierend, erklärte der TI-Sprecher. Die Ombudsman Commission soll eigentlich die Einhaltung ethischer Standards („code of conduct“) seitens der Parlamentarier und der Angestellten des Öffentlichen Dienstes überwachen und den Missbrauch von Geldern verhindern.

Trotz der Eingabe zweier Rechtsanwälte, die das Erscheinen des 812 Seiten starken Korruptionsberichtes verhindern wollten, um

Mandanten zu schützen, drangen Details des Berichtes an die Öffentlichkeit, die sich in diversen Internetforen jedoch weitaus weniger geschockt von den Ergebnissen der Untersuchung zeigte als die Regierungsmitglieder. Man habe schon immer gewusst, dass die Politiker korrupt seien, hieß es in mehreren Tagebuch-Einträgen („Blogs“) im weltweiten Netz.

In den Blogs wurden auch einzelne Korruptionfälle detailliert beschrieben. So habe etwa Finanzminister Gabriel Yer sich und 225 Angehörigen seines Klans 700.000 Kina als „Kompensation“ überwiesen. Das Geld sei in Form von 50 Kina-Noten in einem Koffer verpackt an 50 Mitglieder des Klans übergeben worden, die Yer auf Regierungskosten nach Port Moresby einfliegen ließ.

Auch Isaac Luparis Machenschafoten werden in dem Bericht aufgedeckt. Lupari, ehemals Chef des Öffentlichen Dienstes und enger Wirtschaftsberater von Somare, hatte sich für seine diversen Regierungsämter in den vergangenen Jahren eigenhändig 1,5 Millionen Kina zugestanden.

Insgesamt nennt der Bericht 57 hochrangige Regierungsvertreter namentlich, die in Korruptionfälle verstrickt sind. (*Radio Australia*, 04.03.10, diverse Pressemitteilungen auf <http://www.transparency.org/>, *The Masalai Blog*, *Wakeup PNG Blog*, *Postcourier* 09.03.10)

Landeigner gewinnen Klage gegen Pipeline-Bau

Der Gerichtshof in Madang („National Court“) hat Mitte März der chinesischen Firma „Metallurgical Construction Company“ (MCC) per Gerichtsurteil untersagt, Abräume aus der im Bau befindlichen Ramu-Nickel-Mine unterseeisch zu entsorgen („submarine tailings disposal“).

Der staatseigene chinesische Konzern MCC wollte mit der Sprengung von Korallenriffen vor der Küste bei Madang beginnen, um die Abraumpipeline von der

Baustelle in die Meerestiefe bauen zu können. Jährlich wollte der Konzern fünf Millionen Tonnen Abraum über diese Pipeline in das Meer einleiten. Dagegen hatten Landeigner aus der Basamuk-Bucht vor Gericht geklagt. Richter David Cannings ließ den Bau der Pipeline „bis auf weiteres“ stoppen. Konkret hatten vier Landeigner von der Rai-Küste gegen den Minenkonzern MCC, die neuguineische „Mineral Resources Authority“, das Umweltministerium und den Staat geklagt und dabei verlangt, die Bauarbeiten an den Abraumanlagen dürften erst fortgesetzt werden, wenn unabhängige ökologische Studien zu dem Ergebnis kommen, dass die Lagerung des Minenabfalls in der Tiefsee keine schädlichen Folgen für Mensch und Umwelt hat. Genau dies befürchten die Landeigner in der betroffenen Astrolabe-Bucht. Die Menschen dort sind in existentieller Weise vom Fischfang abhängig und befürchten die Zerstörung der Fischbestände und die Vergiftung des Meerwassers durch giftige Rückstände in den Schlamm- und Schuttmengen, die in die Tiefsee eingeleitet werden sollen.

In einem Versuch, die Landeigner zu beruhigen, wandten sich Vertreter der „Chamber of Mines and Petroleum“ an neuguineische Medien. In Zeitungsartikeln erklärten sie, die betroffenen Landeigner seien schlichtweg „misinformed about the submarine tailings disposal“. Diese Methode würde in anderen Minen Neuguineas (z. Bsp. Misima) seit Jahren erfolgreich praktiziert und dort habe man keine negativen Folgen für die Fischbestände beobachten können.

Die MCC legte sofort Berufung gegen das Gerichtsurteil ein, dem sich die neuguineische „Mineral Resources Authority“ anschloss, doch das Gericht in Madang gab dem nicht statt und blieb bei seinem Verbot des weiteren Ausbaus der 1,5 Milliarden US-Dollar teuren Anlagen zum „submarine tailings disposal“.

MCC hat beim Bau der Mine be-

reits zahlreiche Rückschläge erlitten. Im vergangenen Juli waren die Bauarbeiten zum Stillstand gekommen, als massive Gesundheits- und Sicherheitsrisiken für die Bauarbeiter festgestellt worden waren. Immer wieder kommt es auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den neuguineischen Landeignern und den eingeflogenen chinesischen Fremdarbeitern.

Aus der Mine sollen im Verlauf von 20 Jahren 143 Millionen Tonnen Nickel gewonnen werden. Zu Hochzeiten will der Konzern 3.000 Arbeiter beschäftigen, darunter mindestens 700 Chinesen. (*The National* 22.03.10, *Post-Courier* 19.03.10, 16.04.10, 23.04.10)

† Bernard Narokobi

Am 9. März starb im Alter von 73 Jahren der Politiker Dr. Bernard Narokobi nach kurzer schwerer Krankheit. Narokobi wurde 1936 (oder 1937) im Dorf Wautogik am Sepik-Fluss geboren. Sein Vater Anton war einer der ersten katholischen Katecheten im Gebiet der Boiken und Daguas. Narokobi besuchte die katholische Missionschule bei Dagua und ging später auf die Brand Highschool in Wewak. Hier wurde er von Michael Somare, dem ehemaligen Lehrer und heutigen Premierminister, unterrichtet. Nach Aussage von Bischof Cherubim Danubi, der die Trauerrede bei der Beerdigung in der katholischen St. Josephs Kathedrale in Port Moresby hielt, wollte Narokobi ursprünglich Priester werden. Er sei sehr religiös gewesen, erklärte Bischof Cherubim, diese Religiosität habe man später auch dem Politiker Narokobi angesehen.

Bernard Narokobi studierte Jura an der Universität von Sydney und wurde Anfang der 1970er Jahre in das Komitee berufen, das die Verfassung für den ab 1975 unabhängigen Staat Papua-Neuguinea vorbereiten sollte. Nach langjähriger Tätigkeit als Anwalt und Juraprofessor an der Universität von PNG entschied sich Narokobi für die politische Laufbahn. Von 1987

bis 1997 vertrat er den Bezirk Wewak im Parlament. Von 1988 bis 1992 war er Justizminister, von 1992 bis 1994 Agrar- und Landwirtschaftsminister. 1998 ging er in die Opposition, bis er bei den Wahlen 2002 seinen Sitz im Parlament verlor. Bis zu seinem Tod war er als neuguineischer Hochkommissar für Neuseeland tätig.

Der allseits beliebte Politiker betätigte sich auch als Autor. Sein bekanntestes Werk ist „The Melanesian Way“. In den 1970er und 1980er Jahren schrieb er regelmäßig eine Kolumne namens „The Melanesian Voice“ für die auflagenstärkste neuguineische Tageszeitung „The Post-Courier“. In ihrem Nachruf bezeichnete die Zeitung den Verstorbenen als „Melanesian Icon“. Gemeinsam mit den Politiker-Kollegen John Momis, John Kaputin und Moe Avei hatte Narokobi die Partei „Melanesian Alliance“ gegründet.

Narokobi hinterlässt sieben Kinder von seiner Frau Regina Sakangu, die bereits 2007 an Brustkrebs gestorben war.

Die Beerdigung in der St. Josephs Kathedrale fand am 17. März im Beisein politischer und kirchlicher Würdenträger statt. Während der Trauerfeier in der vollbesetzten Kirche sprachen u.a. Premierminister Sir Somare über den „wahren Sohn des Sepiks“, der neuseeländische Hochkommissar Neil Holmes über den „demütigen Menschen“ und der samoanische ‚Head of State‘ Tui Atua Tamasese über seinen „persönlichen Helden“. (*Wikipedia, Post-Courier 18.03.10, http://en.allexperts.com/e/b/be/bernard_narokobi.htm, http://asopa.typepad.com/asopa_people/2010/03/bernard-narokobi-politician-constitutional-architect.html*)

Parkop gründet neue Partei

Powes Parkop, seit den Wahlen 2007 Gouverneur des „National Capital Districts“, hat am 1. März eine neue Partei gegründet. Die „United Democratic Front“ hat sich besonders dem Kampf gegen Kor-

ruption und Vetternwirtschaft verschrieben. Es sei Zeit für einen politischen Wandel, weg von verkrusteten Strukturen und Allianzen, sagte Parkop.

Die Partei wurde am 1. März im Parlamentssaal von 540 Menschen gegründet, die jeweils 100 Kina als Aufnahmegebühr entrichteten. Damit wurden zwei Richtlinien des „Organic Law on Political Parties and Candidates“ erfüllt: Parteien müssen mehr als 500 Mitglieder haben und sie müssen mindestens über ein Parteivermögen in Höhe von 10.000 Kina verfügen.

Parkop erklärte in seiner Antrittsrede als Parteivorsitzender, Papua-Neuguinea sei ein an Bodenschätzen reiches und von Gott gesegnetes Land. Nötig sei nun eine gute Regierungsführung, um den Reichtum für die folgenden Generationen zu bewahren. Ehrlichkeit und Bescheidenheit seien Werte, die seine neue Partei im Parlament vertreten wolle, erklärte der studierte Rechtsanwalt. Zu den Wahlen 2012 wird Parkops Partei unter dem Namen „Social Democratic Party“ antreten. (*The National 01.03.10, <http://www.facebook.com/pages/POWES-PARKOP-2012-PNG-PM-SOCIAL-DEMOCRATIC-PARTY/339511088007>, http://www.ncdc.gov.pg/contents/side_menu/_pages/HonPowesParkop.html*)

Taiwan kauft Gas aus PNG

Die taiwanesishe Firma „CPC Corporation Taiwan“ wird in den nächsten 20 Jahren pro Jahr 1,2 Millionen Tonnen Flüssiggas vom „Papua New Guinea Liquefied Natural Gas Project“ (Gasverflüssigungsprojekt, PNG LNG) in den Provinzen Southern Highlands und Western (Papua-Neuguinea) beziehen. Das gab Esso Highlands, die regionale Tochterfirma des Hauptaktionärs ExxonMobil, Anfang März bekannt. Experten gehen von einer jährlichen Gasproduktion von 6,6 Millionen Tonnen aus, die Produktion soll spätestens 2014 anlaufen.

Die taiwanesishe Firma CPC ist der größte Energielieferant in

Taiwan. Der mit Esso Highlands ausgehandelte Vertrag über den Gasankauf tritt Ende 2013 oder Anfang 2014 in Kraft. Weitere Verträge wurden bereits Anfang des Jahres mit der chinesischen Firma „China Petroleum & Chemical Corporation“ (Sinopec) sowie der japanischen Firma „Tokyo Electric Power Company“ geschlossen. Die Japaner haben ebenfalls eine Laufzeit von 20 Jahren vereinbart, sie wollen 1,8 Millionen Tonnen Gas jährlich abnehmen.

Info: Das PNG LNG-Projekt ist das bisher größte Projekt zur Gasverflüssigung im Pazifik. Esso Highlands Limited, Tochterfirma des Ölgiganten ExxonMobil, hält 32,2% und ist Haupteigentümer der Anlage. Oil Search Limited hält 29%, ein Konsortium der Regierung von Papua-Neuguinea hält 16,6%. Die weiteren Anteile verteilen sich kleinteilig: Santos (13,5%, Nippon Oil (4,7%), Mineral Resources Development Company (neuguineische Landeigner, 2,8%) und Petromin PNG Holdings Ltd. (0,2%). (*Radio Australia 01.03.10, Flash d'Océanie 03.03.10, <http://www.cpc.com.tw/english/news/index01.asp?sno=798&pno=2>*)

Cholera-Epidemie erreicht Hauptstadt

Die seit einem Jahr herrschende Cholera-Epidemie hat nun auch die Hauptstadt Port Moresby erreicht. Sechs Menschen starben, 226 Krankheitsfälle wurden den Behörden gemeldet. Der neuguineische Gesundheitsminister Sasa Zibé rief den nationalen Notstand aus. Die Regierung bewilligte eine Katastrophensoforthilfe in Höhe von drei Millionen Kina (ca. 850.000 €), die aber bis heute nicht ausgezahlt wurden, wie Mitarbeiter des ärztlichen Hilfsdienstes „Médecins sans Frontières“ mitteilten.

Zibé berief ein Komitee ein, das Maßnahmen zur Bekämpfung der Cholera umsetzen soll. So wurde bereits die Abwassersituation in den illegalen *squatter*-Siedlungen am Rande der Hauptstadt bemängelt. Die schlechte Kanalisati-

on des Nutz- und Brauchwassers unterstützt die schnelle Verbreitung des krankmachenden Bakteriums. Das Gesundheitsministerium warnte vor dem Genuss roher Speisen und empfahl, Wasser abzukochen. Es sperrte zudem den beliebten Badestrand „Ela Beach“ für den Publikumsverkehr, um zu verhindern, dass menschliche Fäkalien der Badenden ins Meer gelangen.

Seit Ausbruch der Cholera im vergangenen Jahr in den drei Provinzen Madang, Sepik und Morobe starben über 60 Personen an der schweren Infektionskrankheit, 2.900 Erkrankungen wurden den Behörden gemeldet. (*Flash d'Océanie* 12.05.10, 13.05.10)

Landeigner kaufen australisches Hotel

Landeigner der Ok Tedi Gold- und Kupfermine in der Western Province haben ein Hotel im australischen Brisbane gekauft. Das 4,5 Sterne Haus liegt zwischen der Innenstadt und dem Flughafen und hat eine wöchentliche Auslastung von 90%. Für das 40 Zimmer zählende „Quality Inn Airport Hotel“ zahlten die Landeigner 9,25 Millionen AUS-Dollar.

Mit dem Hotelwerb verfügen die Landeigner nun über Anlagen im Wert von 56 Millionen Kina.

Die Vereinigung der Landeigner im Minienggebiet vertritt mehr als 5.000 Menschen in 12 Dörfern. Zur Vorbereitung auf die Zeit nach Schließung der Mine (voraussichtlich im Jahr 2013) haben die Landeigner bereits verschiedene Ankäufe getätigt, darunter auch Immobilien im Wert von 20 Millionen Kina in der Hauptstadt Port Moresby. Das Geld dafür bekamen die Landeigner aus Lizenzgebühren, die der Minenbetreiber „Ok Tedi Mining Limited“ (OTML) in den „Ok Tedi Royalty Investment Trust“ einzahlt. Dieser Fonds ist einer von mehreren, die OTML für die Landeigner verwaltet. Mit den Fondsgeldern sollen Immobilien und Projekte erworben werden, die den Landeignern auf

dem Gebiet der Mine regelmäßige Einkünfte für die Zeit nach Minenschließung sichern. Die Fondsgelder verteilen sich auf Immobilien, Bargeld, Aktien und Anteile an Firmen in Papua-Neuguinea und Übersee. Mit der Diversifikation der Gelder erhoffen sich die Landeigner finanzielle Sicherheit auch in Krisenzeiten.

Die Landeigner haben sich vorgenommen, zur Schließung der Mine über ein Vermögen von 100 Millionen Kina zu verfügen. (*Post-Courier* 09.03.10)

BOUGAINVILLE

Panguna bleibt vorerst geschlossen

Die Landeigner auf dem Gebiet der Gold- und Kupfermine Panguna schließen eine Wiedereröffnung der Mine vorerst aus. Zunächst müsste die Minenbetriebsfirma „Bougainville Copper Limited“ (BCL) die mit dem damaligen Klanchef Francis Ona vereinbarten Kompensationszahlungen in Höhe von 10 Milliarden Kina leisten, erklärte Philip Miriori, selbst Landbesitzer und Präsident des „Me'akamui Government of Unity“. Eine Wiederaufnahme des Minenbetriebs sei auch erst dann möglich, wenn die betroffenen Landbesitzer mit BCL, der Regierung von Papua-Neuguinea und der Regierung der Autonomen Provinz Bougainville das „Bougainville Copper Agreement“ einer genauen Durchsicht und Prüfung unterzogen hätten, sagte Miriori.

Die Vereinigung der weiblichen Landbesitzer im Gebiet der Mine, die „Bougainville Indigenous Women's Landowner Group“, will eine Wiedereröffnung der Mine auf jeden Fall verhindern. Bergbau zerstöre ihr Land, schädige die Umwelt und habe einen schlechten Einfluss auf ihre Kultur, sagte Lynette Ona, Sprecherin der Gruppe.

Ende März unterzeichneten die Vertreter der verschiedenen Fraktionen auf Bougainville ein von Experten als „historisch“ bezeich-

netes Friedensabkommen. General Chris Uma von den „Me'akamui Streitkräften“, dem militärischen Zweig der landbesitzenden Klane im Panguna-Gebiet, Robin Tekapu vom „Me'akamui Government of Unity“ als dem politischen Zweig und James Tanis als Präsident der Autonomen Provinzregierung verpflichten sich in dem Abkommen zu einem friedlichen Dialog und zu guter Zusammenarbeit im Hinblick auf die Zukunft der Insel. Alle Vertragspartner verpflichten sich zur Beendigung der gewalttätigen Auseinandersetzungen rund um die Mine und versprechen sich kollegiale Zusammenarbeit. (*Post-Courier* 19.03., 20.03., 30.03.10, *Islands Business* 22.03.10, *Radio Australia* 08.04.10)

„Bougainville Library Trust“ gegründet

Der neuseeländische Minister für Kunst, Kultur und Kulturerbe, Chris Finlayson, hat am 31. März in Wellington das „Bougainville Library Projekt“ aus der Taufe gehoben. Das Projekt sieht den Aufbau einer Leihbücherei und eines Kulturzentrums in der Hauptstadt Arawa (Bougainville) vor. Das Geld dafür kommt u.a. aus dem „Bougainville Library Trust“, einem von Lloyd Jones ins Leben gerufenen Fonds. Jones ist Autor der mehrfach ausgezeichneten Novelle „Mister Pip“, die das Leben zur Zeit der Bougainville-Krise Anfang der 1990er Jahre beschreibt. Durch die Krise wurden die meisten Gemeindehäuser und ihre Bücherbestände zerstört. Jones hat es sich zur Aufgabe gemacht, in Arawa eine öffentliche Bibliothek in einem Kulturzentrum einzurichten. Sein Fonds arbeitet dabei eng mit der „Bougainville Heritage Foundation“ und dem „Volunteer Service Abroad“ zusammen. Mit Hilfe einer eigenen Website (siehe dazu www.bougainvillelibrary.org.nz) werden Spenden für die Bücherei gesammelt. Bisher kamen Bücherspenden in Höhe von 30.000 NZ-\$ durch australische und neuseeländische Verleger zusammen. (*Pressemitteilung New Zealand Government* 29.03.10)

SALOMONEN**Große
Versöhnungszeremonie**

Zehn Jahre nach der Schließung der „Gold Ridge Mine“ auf der Insel Guadalcanal wegen ethnischer Auseinandersetzungen um Landrechte und Kompensationszahlungen haben die verfeindeten Klans im Dorf Bemuta eine traditionelle Versöhnungszeremonie durchgeführt. Dabei wechselten 27 so genannte „Tupus“ (Versöhnungsgeschenke wie lebende Schweine und Nahrungsmittel) den Besitzer. Der Vorsitzende der Vereinigung der Landeigner, Dick Douglas, erklärte, mit der Zeremonie wolle man der Welt zeigen, dass die Salomonen kein gewalttätiger Ort seien.

Der Geschäftsführer des Bergbaukonzerns „Allied Gold“, dem die Mine seit kurzem gehört, nahm ebenfalls an der Feier teil. Mark Cruso sagte, er wisse um das Leid der Landeigner in den vergangenen Jahren und wolle sich ebenfalls um Wiedergutmachung bemühen.

Info: Der australische Bergbaukonzern „Australian Solomons Gold Ltd.“ hatte die Goldmine von 1998 bis zum Ausbruch der ethnischen Auseinandersetzungen auf den Salomonen im Jahr 2000 in Betrieb. Dann wurde die Mine geschlossen. Bis dahin waren 200.000 Unzen Gold gefördert worden. Im Dezember 2009 kaufte der australische Konzern „Allied Gold Ltd.“ die Mine. Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten nahm die Mine am 23. März ihren Betrieb wieder auf. Längerfristig verspricht sich Allied Gold einen Gewinn von 125.000 Feinunzen Gold jährlich. (ABC Radio Australia 23.03.10, <http://www.alliedgold.com.au/>)

FIDSCHI**Fidschi entkriminalisiert
Homosexualität**

Per Gesetz hat die fidschianische Übergangsregierung Homosexualität entkriminalisiert. Damit darf der Geschlechtsverkehr zwischen gleichgeschlechtlichen Menschen nicht länger mit Gefängnis- oder Geldstrafen geahndet werden.

Stuart Watson, der für die Region Pazifik zuständige Koordinator des AIDS-Programms der Vereinten Nationen (UNAIDS), begrüßte die Gesetzesänderung. Damit könnten endlich auch schwule AIDS-Erkrankte ohne Angst vor Repressalien die Beratungs- und Unterstützungsangebote zu AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten annehmen. Schwule und lesbische Paare dürfen laut neuem Gesetz nicht mehr öffentlich diskriminiert und stigmatisiert werden.

Bis zur Gesetzesänderung war Homosexualität strafbar. Noch 2005 war ein australischer Geschäftsmann zu zwei Jahren Haft wegen Geschlechtsverkehrs mit einem Fidschianer verurteilt worden.

Das „Crime Decree“ löst den veralteten „Criminal Penal Code“ ab. Homosexualität und Sodomie gelten fortan nicht mehr als Verbrechen, wenn die beteiligten Personen in gegenseitigem Einverständnis handeln.

Nach dem neuen „Crime Decree“ ist Prostitution jedoch ab sofort illegal. Die Polizei hat das Recht, Prostituierte in Haft zu nehmen. Stuart Watson kritisierte diesen Paragraphen des Gesetzes auf das Schärfste. Das Verbot von Prostitution werde diese sicher nicht aus der Welt schaffen, sondern eher dazu führen, dass sich Frauen zu ungeschütztem Geschlechtsverkehr überreden ließen. Gesetze böten einen gewissen Schutz, wenn sie z.B. die Benutzung eines Kondoms festlegten. Mit der Kriminalisierung der Prostitution würden Frauen ge-

zwungen, ihrem Gewerbe heimlich nachzugehen. Aus Angst, von Freiern bei der Polizei ange-schwärzt zu werden, könnten sie fortan auch keine Beratungs- oder Hilfsangebote des nationalen AIDS-Rates mehr annehmen.

Stuart Watson hatte sich kritisch zum Verbot der Prostitution geäußert, als er den im Auftrag des AIDS-Councils verfassten Bericht „Risky Business: Sex Work and HIV Prevention in Fiji“ der Öffentlichkeit vorstellte. Der Bericht von Journalistin Karen McMillan beinhaltet die persönlichen Lebensgeschichten von 40 Prostituierten und sogenannten „Call Boys“ aus Labasa, Lautoka, Nadi und Suva. (<http://ilga.org/ilga/en/article/mjLN9SM10z>, Radio NZ International 03.03.10, *Fijilive* 24.03.10)

**Entwurf des Media Industry
Development Decree**

Anfang April 2010 veröffentlichte Fidschis Regierung einen ersten Entwurf des geplanten „Media Industry Development Decrees“ (MIDD), der dem Bainimarama-Regime unter anderem die Möglichkeit bieten wird, Zeitungsverleger und Journalisten, die regimefeindliche oder friedensdestabilisierende Nachrichten verbreiten, mit einer Geldstrafe von bis zu einer halben Million Fidschi-Dollar oder einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren zu belegen.

Mit der endgültigen Verabschiedung des Beschlusses wird die inoffizielle Beschneidung der Pressefreiheit, die im Anschluss des Staatsstreiches vom 5. Dezember 2006 initiiert wurde, rechtlich zementiert. Seit Bainimaramas Machtergreifung ist gerade die politische Berichterstattung massiv eingeschränkt worden. Anfang 2007 entsandte das Regime zudem permanente Zensoren in die Büros der Radio- und Fernsehanstalten und der Zeitungsverleger.

Von den Neuregelungen durch das MIDD wäre auch die „Pacific Island News Association“ betroffen. Zudem strebt die Regierung

durch den Beschluss ein neues Eigentümeranteilssystem an. In Zukunft sollen bis zu 90% der Eigentumsanteile in der Hand inländischer Investoren verbleiben, d.h. die Investoren müssen einen fidschianischen Pass und einen permanenten Wohnsitz in Fidschi vorweisen. Diese Neuregelung richtet sich explizit gegen die englischsprachige Tageszeitung „Fiji Times“, die einen Teil des Medienimperiums von Rupert Murdoch bildet und in der Vergangenheit als regimekritische Stimme auftrat.

Ein erster Entwurf des Beschlusses wurde fidschianischen Medienvertretern Anfang April nur für wenige Stunden zur Einsicht vorgelegt und machte die anschließend durch die Regierung einberufene Diskussionsrunde zu einer reinen Farce. Selbstredend führte der Beschluss zu harscher Kritik auf internationaler Bühne.

(Artikel von Dominik Schieder, Quellen: www.fjitime.com, www.fijilive.com, www.freemedia.at, www.fijilive.com)

Rabuka bittet um Vergebung

Am 14. April 2010 kam es zu einem bemerkenswerten Ereignis im Dorf Viseisei an der Nordwestküste der Hauptinsel des Fidschiarchipels Viti Levu. Viseisei liegt nicht nur in unmittelbarer Nähe des mythologischen Landungspunktes der ersten Siedler der Inselgruppe (Vuda Point), sondern ist auch das Heimatdorf des ehemaligen fidschianischen Präsidenten Ratu Joseva Iloilo und des im Jahre 1987 entmachteten Premierministers Dr. Timoci Bavadra, der im November 1989 einem Krebsleiden erlag.

An jenem besagten Tag wurde in Ratu Josefes Gehöft eine traditionelle Vergebungszeremonie abgehalten, in der Sitiveni Rabuka, der Exekutor der Staatsstreiche von 1987 und Fidschis späterer Premierminister, die Bewohner Viseiseis um Vergebung für seine Taten bat. Rabuka betonte dabei, im Jahre 1987 Fehler begangen zu haben, die er alleine zu ver-

antworten habe. Interessanterweise bezog er sich dabei nur auf die schlechte Behandlung von Dr. Bavadra und seiner Familie und nicht etwa auf die Staatsstreiche selbst. Nach eigener Aussage lag der Auslöser des Bußgangs darin begründet, dass ihm das Bainimarama-Regime kürzlich die Privilegien eines ehemaligen Politikers (Rente, Dienstwagen) entzogen und somit endgültig einen Schlusstrich unter sein öffentliches Leben als Identifikationsfigur der *coup culture* gezogen hatte. Bereits vor einigen Jahren hatte Rabuka sich in mehreren Interviews dazu bekannt, einer der Hauptauslöser der fidschianischen *coup culture* zu sein. Schon in den späten 1990er Jahren suchte er den Dialog mit London, seinem ehemaligen Militärkommandanten Ratu Epeli Nailatikau und der indo-fidschianischen Bevölkerung.

Ratu Josefa, Dr. Bavadras jüngerer Bruder Ratu Apisai Bavadra und die anwesenden Dorfältesten akzeptierten Rabukas Entschuldigung und nahmen als Zeichen ihres Wohlwollens einen *tabua* (einen Pottwahlzahn, der als Tauschobjekt einen integralen Bestandteil des fidschianischen Zeremonialwesens bildet) an. Rabuka hat angekündigt, weitere Aussprachen mit anderen Opfern des Jahres 1987 zu suchen.

(Artikel von Dominik Schieder, Quellen: *Solomon Star News*, *Fiji Times*, www.fijivillage.com)

Kartoffelanbau geplant

Im Mai sollen Pflanzknollen im Wert von 75.000 Fidschi-Dollar aus Neuseeland nach Fidschi gebracht werden. Erstmals wollen Landwirte in der Western Division der Hauptinsel Viti Levu Kartoffeln der Sorte „Red Rascal“ anbauen. Geplant ist der Anbau auf einer Fläche von 80,5 Hektar, wovon alleine 33 Hektar auf die Provinz Ba entfallen. Hier wollen sich 33 Bauern an dem Kartoffelanbau beteiligen und insgesamt 100 Tonnen Kartoffeln ernten.

Das Landwirtschaftsministerium unterstützt das Projekt. Es erhofft

sich einen Rückgang der Importkosten für die bisher eingeführten Kartoffeln, der jährlich 19 Millionen FJ-\$ ausmacht. Das Ministerium stellt den Bauern auch einen Traktor für die Feldbewirtschaftung zur Verfügung. Wissenschaftlich begleitet wird das Kartoffelprojekt von der Abteilung „Extension, Research and Bio-Diversity“ des Landwirtschaftsministeriums.

Info: Die Pflanzknollen werden aus Neuseeland importiert und dann in Fidschi unter kontrollierten Bedingungen vorgekeimt. Unter hohem Lichteinfluss bilden sie kleine, feste, schon grüne Keimsprossen aus. Diese werden dann auf den Feldern ausgepflanzt. Bei frühreifen Sorten sind die Kartoffeln bereits nach drei Monaten reif für die Ernte. Mit dem Kartoffelanbau vor Ort können die hohen Importkosten eingespart werden. Durchschnittlich produziert ein Kilo Pflanzkartoffel 30 Kilo Speisekartoffeln. (*Fiji Times* 03.04.10, Email Agraringenieur Bernd Egger 09.04.10)

VANUATU

Tanna Kaffee gewinnt Bronzemedaille

Kaffee von der Insel Tanna (Vanuatu) ist Anfang März im Rahmen der „Royal Sydney Fine Foods International Coffee Competition“ in Australien mit der Bronzemedaille ausgezeichnet worden. Der Wettbewerb um den besten Kaffee findet seit zehn Jahren statt. 300 Kaffeeproduzenten hatten ihre Produkte eingereicht, der Kaffee aus Tanna erhielt in der Kategorie „Espresso“ den dritten Platz.

Terry Adlington, Besitzer von „Tanna Coffee“, erklärte, die Auszeichnung bei dem begehrten Wettbewerb sei auf die harte Arbeit der kleinen Kaffeebauern auf der Insel zurückzuführen. Bereits 1982 hatten sich die Klanchiefs auf Tanna dem Kaffeeanbau verschrieben und die „Tanna Coffee Development Company“ gegründet. Die heute dort ansässige Kaffee-

industrie wird vom Landwirtschaftsprogramm der Regierung unterstützt. Die Kaffeeröster auf Tanna seien Experten ihres Fachs. Das bei dem internationalen Wettbewerb erworbene Gütesiegel mache dies nun auch offiziell.

Info: Tanna Coffee ist ein äußerst ungewöhnlicher Kaffee von der gleichnamigen Vulkaninsel. Die für Arabica-Kaffees relativ geringe Anbauhöhe von nur 400m wird durch die geographische Breite kompensiert, so dass das dort herrschende Klima dem von Hochlandkaffee entspricht. In enger Kooperation mit einem ehemals staatlichen, jetzt privatisierten Kaffee-Entwicklungsprogramm erzeugen 500 Kleinbauern auf etwa 400 Hektar Fläche einen Schattenkaffee, der auf einer der Nachbarinseln geröstet und ausschließlich in dieser Form exportiert wird.

Herzstück und Ausgangspunkt des „Tanna Coffee Development Program“ ist die Tanna Coffee Plantation, in der mit krankheitsresistenten Arabica-Sorten die Qualität und Produktivität des kleinbäuerlichen Kaffeeanbaus deutlich gesteigert werden konnte. Für mehr als 500 Familien ist Kaffee heute praktisch die einzige Einkommensquelle auf der Vulkaninsel, auf der sich ansonsten nur in kleinem Umfang ein Vulkan-Tourismus entwickelt hat.

Tannas Kaffeebauern werden intensiv von den Mitarbeitern des Entwicklungsprogramms betreut. Jeder teilnehmende Bauer erhält kostenlos Kaffeeseetzlinge und Schulungen, daneben freien Zugang zu 35 dezentralen Kaffeewaschanlagen, in denen die Bauern selbst ihre Ernte aufbereiten. Alternativ dazu ist die zentrale Verarbeitung in den zwei Anlagen von *Tanna Coffee* möglich.

Derzeit profitieren – alle Familienmitglieder eingerechnet – 25% der 25.000 Inselbewohner von der Kaffeevermarktung, die ihnen im Durchschnitt ein Einkommen von 400 Euro jährlich sichert. Das erscheint zunächst wenig, man

muss jedoch berücksichtigen, dass die Bewohner Tannas bisher überwiegend vom bargeldlosen Tauschhandel lebten.

(*Vanuatu Daily Post* 12.03.10, <http://www.tannacoffee.com>, <http://www.coffee-hunting.com/tag/tanna>, Artikel von Dr. Hans-Jürgen Langenbahn in: Rundbrief Nr. 80/ August 2009)

Französische Gelder für Vanuatu

Frankreich unterstützt mit Geldern aus seinem „Fond für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit im Pazifik“ (kurz: „Pazifikfonds“) auch die Republik Vanuatu. Für den Zeitraum von 2010 bis 2012 bewilligte die französische Regierung 300.000 €. Mit den Geldern sollen Bildungs- und Gesundheitsprojekte unterstützt werden. Außerdem soll die Vielsprachigkeit der Südsee-Republik gefördert werden, in der es aufgrund der kolonialen Vergangenheit drei offizielle Amtssprachen gibt: Französisch, Englisch und Bislama.

Projekte mit einem Schwerpunkt unter Sprechern des Französischen sollen besonders gefördert werden. Darauf einigten sich Joe Natuman, der vanuatische Außenminister, und Françoise Maylié, die französische Botschafterin für Vanuatu, Mitte Mai in der Hauptstadt Port Vila. (*Vanuatu Daily Post* 16.05.10, *Flash d'Océanie* 17.05.10)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Jacques Lafleur beendet politische Karriere

Nach über 25 Jahren in diversen politischen Ämtern hat der neukaledonische Politiker Jacques Lafleur seinen Rückzug aus der Politik bekannt gegeben. Der am 20. November 1932 in Nouméa geborene Lafleur sagte, er sei des „ewigen Kämpfens im Alleingang“ müde, zumal die derzeitige Territorialregierung „ihm alten Mann“ kein Gehör mehr schenke.

Lafleur ist ein Veteran der politischen Geschichte des französischen Überseegebietes (politisch korrekter Status: Collectivité sui generis, d.h. eine zu Frankreich gehörende Überseegemeinschaft mit besonderem Status).

1972 wurde Lafleur erstmals in die „Assemblée territoriale“ gewählt. Von 1978 bis 2004 war er Abgeordneter im neukaledonischen Parlament, von 1989 bis 2004 Präsident der Südprovinz und von 1977 bis 2004 Parteichef der Unabhängigkeitsgegner „Rassemblement pour la Calédonie dans la République“ (RPCR), einem lokalen Ableger der gaullistischen Partei des damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac. Lafleur hatte die Partei 1977 gegründet, um sich gegen die Unabhängigkeitsbefürworter abzugrenzen und für den Verbleib bei Frankreich einzutreten. Die RPCR hatte im Mai 2004 die Wahlen gegen die Partei „Avenir Ensemble“ verloren, die sich aus unzufriedenen Ex-RPCR-Mitgliedern gegründet hatte. Zu den Wahlen 2007 trat Lafleur an mit der von ihm gegründeten Partei „Le rassemblement pour la Calédonie“ (RPC), nachdem er seine Mitgliedschaft in der RPCR im Dezember 2005 nach diversen politischen Querelen frustriert aufgekündigt hatte. Die RPC schied jedoch mit 11,7% bereits nach dem ersten Wahlgang aus.

Am 7. April erklärte Lafleur seinen Rücktritt aus den verleibenden Ämtern (Parlament der Südprovinz und Mitglied des Kongresses) mit folgenden Worten: *«Je suis seul et je ne peux rien faire seul [...] je crains qu'à force d'égoïsme, on se dirige à nouveau vers les troubles. Et moi, je suis trop vieux, je ne veux plus faire ce que j'ai fait pendant des années, c'est-à-dire mettre fin à la guerre civile.»*

Info: Lafleur studierte nach der Schulausbildung Jura in Paris und übernahm nach der Rückkehr nach Nouméa zunächst gemeinsam mit seinen Brüdern das Minenunternehmen seines Vaters Henri Lafleur, ebenfalls ein bekannter Politiker.

In den späten 1980er Jahren sah Lafleur die Notwendigkeit, mit der kanakischen Unabhängigkeitsbewegung FLNKS (Front de libération nationale kanak socialiste) zu verhandeln, um die Eskalation eines Bürgerkriegs zu verhindern. Deshalb schloss er mit dem später ermordeten FLNKS-Partei-vorsitzenden Jean-Marie Tjibaou 1988 das sogenannte „Matignon-Abkommen“, dass Neukaledonien mehr Autonomie zusprach.

Auch das „Nouméa-Abkommen“ von 1998 hatte Lafleur stellvertretend für seine Partei unterzeichnet, gemeinsam mit Roch Wamytan, dem Nachfolger Tjibaous als Parteivorsitzender der FLNKS. Trotz dieser Abkommen blieb Lafleur aber seiner politischen Überzeugung, das Neukaledonien für immer Teil Frankreichs bleiben soll, sein Leben lang treu.

Das „Nouméa-Abkommen“ wurde von der RPCR, der die Unabhängigkeit befürwortenden Partei FLNKS sowie der französischen Regierung unterzeichnet. Es soll Neukaledonien den Weg in die Selbständigkeit ebnen, darüber sollen die Einwohner im nächsten Jahrzehnt mit einem Referendum abstimmen. (*Flash d'Océanie 08.04.10, Wikipedia, Les Nouvelle Calédoniennes on-line, Email Lorenz Gonschor 19.04.10*)

Fremdarbeiter bauen Mine

Zum Bau der Nickelmine in Vavouto in der Nordprovinz lässt die neukaledonische Minenfirma „Koniambo Nickel SAS“ 4.000 Fremdarbeiter einfliegen. Die ersten 200 Asiaten sind bereits vor Ort, später in diesem Jahr sollen 1.200 chinesische Arbeiter sowie 1.800 Arbeiter aus den Philippinen, Südkorea und Thailand folgen. Bis Ende 2010 werden dann 4.000 Fremdarbeiter auf dem Minengebiet arbeiten. Der Bergbaukonzern gab bekannt, mit Aufnahme der Förderung werde er weitere 3.000 Arbeiter aus asiatischen Ländern einfliegen lassen.

Die Anstellung von Arbeitern aus anderen Ländern ist mit einer speziellen Arbeitserlaubnis mög-

lich. Die neukaledonische Regierung genehmigt den Arbeitern eine Arbeitserlaubnis für einen Zeitraum von 18 Monaten.

Die Bekanntgabe der Anstellung ausländischer Fachkräfte hat zu Protesten innerhalb des Landes geführt. Bereits vor vier Jahren hatte der Konzern „Vale Inco“ die Nickelmine im Süden des Landes mit Hilfe von 2.000 Arbeitern von den Philippinen aufgebaut und weitaus weniger Einheimische beschäftigt, als zuvor angekündigt. Die Neukaledonier der Nordprovinz fürchten eine „Überfremdung“ und Probleme sozio-kultureller Art.

Auf seiner Internetseite wirbt der Bergbaukonzern jedoch damit, Arbeitsmöglichkeiten für die einheimischen Bewohner der Nordprovinz zu schaffen. So will Koniambo Nickel SAS mindestens 500 einheimische Bergleute beschäftigen. Öffentlich ausgeschrieben im Internet sind derzeit 24 Stellen für Fachkräfte und Experten.

Die geplante Tagebauminne wird nach ihrer Fertigstellung Ende 2012 die größte Nickelmine der Welt sein. Jährlich sollen 60.000 Tonnen des begehrten Rohstoffs gefördert werden. In den Koniambo-Bergen erwarten Experten 100 Millionen Tonnen nutzbarer Mineralien.

Info: Die Nickelmine gehört zu 51% der „Société Minière du Sud-Pacifique“ (SMSP), einer einheimischen Gesellschaft aus der Nordprovinz. 49% Anteile hält das Schweizer Bergbauunternehmen Xstrata Nickel. Die SMSP und Xstrata haben sich zusammengeschlossen, um das Projekt "Nordfabrik" ("Usine du Nord") zu realisieren. Zur Umsetzung des Projektes haben sie ein Tochterunternehmen gegründet: "Koniambo Nickel SAS" (KNS). Die Fabrik wird zu 100% von Xstrata (unter dem Label "KNS") gebaut, die SMSP bringt die Vorortkenntnisse und das Recht an der Mine mit (ebenfalls unter dem Label "KNS"). (<http://www.koniambonickel.nc/>, <http://www.xstratanickel.com/EN/Operations/Pages/KoniamboProject.aspx> Radio NZ Intern. 28.04.10, Solomon Star 29.03.10, Email Matthias Kowasch 17.05.10)

MIKRONESIEN

EU finanziert Solaranlagen

FSM: In den nächsten vier Jahren wird die Europäische Union 32 Millionen US-Dollar in die Installation von Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung auf abgelegenen Inseln im Nordwesten des Pazifiks investieren. Außerdem sollen mit den Geldern regionale Fischfangprogramme unterstützt werden. Das sagte Wiepke van der Goot, der EU-Beauftragte für den Pazifik, bei der Unterzeichnung des Förderprogramms in Pohnpei (Föderierte Staaten von Mikronesien, FSM). Das Abkommen wurde stellvertretend für die betroffenen Länder im Nordwestpazifik von Dr. Jimmy Rodgers, dem Direktor des Sekretariats der Pazifischen Gemeinschaft (Secretariat of the Pacific Community, SPC). Mit dem „Northern Pacific Renewable Energy and Energy Efficiency Program“ soll für die Menschen auf den Außeninseln eine zuverlässige Stromversorgung gewährleistet werden.

11,7 Millionen US-Dollar der bewilligten EU-Gelder sollen für die Forschung sowie für das Management der Fischbestände im Nordwestpazifik aufgewandt werden.

Die EU-Gelder wurden im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungshilfefonds den Föderierten Staaten von Mikronesien, den Marshallinseln und Palau bewilligt. (*Flash d'Océanie 20.04.10, Radio NZ International 16.04.10*)

Botschafter für China vereidigt

FSM: Akillino Susaia ist Mitte Februar zum Botschafter der Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) in China bestellt worden. Erstmals entsenden die FSM einen ihrer Diplomaten in die Botschaft nach Beijing. Die Vereidigung nahm FSM-Präsident Manny Mori am 26. März im Präsidenten-

palast in Pohnpei im Beisein des Vize-Präsidenten, des Kabinetts und der Familienangehörigen vor. Susaia war seit April 2008 Generalkonsul der FSM in Hawai'i. Davor war er als Verkehrsminister und als Minister für Bodenschätze und Entwicklung für die FSM tätig. *(The Kaselehlie Press 26.03.10)*

Entschädigungen für Guams Atomtestopfer?

Guam: Nach einer im amerikanischen Senat vorgelegten Gesetzesvorlage könnten ab sofort auch auf der Insel Guam lebende Opfer der amerikanischen Atomtests im Pazifik entschädigt werden. Das gab die „Pacific Association of Radiation Survivors“ (PARS) in Guam bekannt. Die Ergänzungen zum bereits bestehenden „Radiation Exposure Compensation Act“ (Kompensationszahlungen für Verstrahlte) sollen auch Guam in die Liste der Länder einschließen, deren Bewohner Ausgleichszahlungen für die radioaktive Verstrahlung beantragen können. Neben Guam sind das u.a. Nevada, Utah und Arizona, wo die USA Atomwaffen getestet hatten. Auf Guam selber fanden keine Tests statt, doch gehört die Insel zu den sogenannten „downwind“-Gebieten, das sind Regionen, die durch die Windverhältnisse vom radioaktiven Fallout betroffen waren.

Madeleine Z. Bordallo, die Abgeordnete für Guam im amerikanischen Kongress, erklärte, Guam sei häufig von diesen „verstrahlten Winden“ getroffen worden. Sie und acht weitere Kongressabgeordnete haben die Gesetzesvorlage bereits dem Senat vorgelegt und hoffen nun, dass dieser die Aufnahme Guams in die Länderliste billigt.

Robert Celestial, der Präsident der PARS, begrüßte zwar die potentielle Gesetzestextergänzung, machte jedoch gleich deutlich, wie gering die Chance sei, die pro Person zugesagten 150.000 US-Dollar an Entschädigungszahlungen auch wirklich zu erhalten. Celestial nannte als Beispiel die

Marshallinseln, deren eigens eingerichteter Entschädigungsfonds bereits nach kurzer Zeit pleite ging. *(Radio New Zealand Intern. 28.04.10, <http://www.guampdn.com>, Marianas Variety 23.04.10)*

Betelnüsse verboten

Marshallinseln: Die „Nitijela“, das Unterhaus des Zweikammer-Parlaments der Marshallinseln, hat zum 1. März den Import und den Verkauf von Betelnüssen gesetzlich verboten. Verstöße gegen das Gesetz werden mit Strafen in Höhe von bis zu 100 US-Dollar oder gar mit einer 30-tägigen Haftstrafe geahndet. Als Grund für das neue Gesetz nannte ein Sprecher der Nitijela die Angst vor der Übertragung von Krankheiten durch den roten Saft, der beim Kauen von Betelnüssen entsteht und meist einfach auf die Straße gespien wird. Auch ästhetische Gründe wurden genannt. Die roten Speichelflecken verschmutzten das Straßenbild, hieß es aus dem Unterhaus.

Die internationale Behörde zur Erforschung von Krebserkrankungen (International Agency for Research on Cancer, IARC), eine Unterorganisation der Weltgesundheitsbehörde WHO, zeigte sich erfreut über das Verbot. Die IARC geht von einem Kausalzusammenhang zwischen dem übermäßigen Konsum von Betelnüssen und Krebserkrankungen im Mund- und Rachenraum sowie im Magen aus. *(<http://www.yokwe.net>, <http://www.iarc.fr/>, Pacific Islands Report 03.02.10)*

Kakaoanbau geplant

Marshallinseln: Der Bürgermeister des Atolls Namu plant den Anbau von Kakao auf dem rund sechs Quadratkilometer großen Atoll der Ralik-Kette in den Marshallinseln. Die knapp 800 Bewohner leben bisher vom Fischfang und der Herstellung von Kopra (getrocknete Kokosnuss), sowie in geringem Maß vom Tourismus. Auf dem Atoll wachsen u.a. Pandanus-Bäume, Kokospalmen,

Brotfruchtbäume, Bananen und Kürbisse.

Bürgermeister Jeimata Nokko Kabua kam bei einem Besuch der Dole-Kakaoanlage in Hawai'i auf die Idee des Kakaoanbaus. Die Dole-Plantage spendierte die ersten 1.000 Kakaosetzlinge, die nun unter Aufsicht des Landwirtschaftsministeriums angebaut werden sollen. Kabua, der zugleich auch Präsident der Vereinigung aller Bürgermeister auf den Marshallinseln ist, sieht Potential für den Kakaoanbau auf allen Außeninseln. Kakao sei wetterbeständig, die salzhaltige Luft könne ihm nichts anhaben. Außerdem sei die Ernte leicht und die getrockneten Bohnen seien lange haltbar. *(Marshall Islands Journal 26.03.10)*

Erster Absolvent der Coast Guard Academy

Marshallinseln: 2011 wird erstmals ein marshallesischer Student die renommierte amerikanische „Coast Guard Academy“ mit einem Ingenieursdiplom verlassen. Jefferson Bobo vom Kwajalein-Atoll ist im letzten Jahr seines Studiums im Fachbereich „Civil Engineering“. Das gaben Vertreter der Academy bei ihrer Jahrestagung Mitte März in Majuro bekannt. Der marshallische Außenminister John Silk beglückwünschte Bobo schon vorab und erklärte, er sei ein gutes Beispiel dafür, was Marshalliesen mit Intelligenz und Einsatz erreichen könnten.

Info: Die „United States Coast Guard Academy“ (USCGA, Akademie der Küstenwache der Vereinigten Staaten) ist eine Ausbildungseinrichtung für Offiziersanwärter der *United States Coast Guard* (USCG). Die Universität hat ihren Sitz in New London im Bundesstaat Connecticut an der Ostküste der USA.

Das Korps (*Corps of Cadets*) hat Regimentsstärke und ist in acht Kompanien aufgeteilt, die aus je etwa 120 Kadetten bestehen.

Die Gründung der Academy geht auf das Jahr 1876 zurück. Leiter ist ein *Superintendent of the US Coast Guard Academy*, seit dem 5. Januar 2007 ist *Rear Admiral J. Scott Burhoe* 39. Amtsinhaber. (*Marshall Islands Journal* 12.03.10, *Wikipedia*)

Highschool erhält Gütesiegel

Marshallinseln: Die „Marshall Islands High School“ gehört zu den besten Schulen in Mikronesien. Sie wurde nach erfolgreichem Zertifizierungsprozess nun in die „Western Association of Schools and Colleges“ (WASC) aufgenommen. Die WASC unterstützt Schulen bei der Bereitstellung hochwertiger Bildungsangebote im Hinblick auf die Vorbereitung der Schüler für akademische Abschlüsse. Die Zertifizierung gilt bis Juli 2012. WASC-Koordinator Cris Lunny, der den Zertifizierungsprozess begleitet hatte, konnte trotz des Erfolgs einige Missstände vermerken, die bis zur Re-Zertifizierung abgeschafft werden müssen. So beklagte er die Unpünktlichkeit der Schüler am Morgen, das Schul-Schwänzen sowie die mangelnde Beteiligung der Schüler am Unterrichtsgeschehen. Der Direktor der Highschool, Gary Ueno, erklärte, Eltern, Eltern- und Schulbeirat und die Gemeinde müssten zusammenarbeiten, um diese Missstände abzuschaffen.

Die Highschool ist neben den „Assumption Schools“ und der „Majuro Cooperative School“ die dritte Schule auf den Marshallinseln, die in die WASC aufgenommen wurde. (*Marshall Islands Journal* 05.03.10, http://www.acswasc.org/directory_searchlist.cfm)

Palau Jugendliche sind zu dick

Palau: Im vergangenen Jahr untersuchte die „Public Health Division Family Health Unit“ (Abteilung für Familiengesundheit im Gesundheitsministerium) der Republik Palau Schüler und Schüle-

rinnen aus 26 Schulen in allen 15 Bundesstaaten. Die Ergebnisse der umfangreichen Gesundheitsstudie wurden jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt. Demnach sind 18% aller untersuchten Kinder nachweislich übergewichtig (adipös), weitere 15% laufen Gefahr, in naher Zukunft übergewichtig zu werden.

Dr. Joanne Richardson von der „United States Air Force School of Aerospace Medicine“ hatte die Gesundheitsstudie geleitet und erläuterte in ihrem Bericht mit dem Titel „The future of Palau: Snapshot of School Health Screening Program“ die Ergebnisse detailliert. Sollte sich der Trend zum Übergewicht fortsetzen, riskiere die jugendliche Bevölkerung des mikronesischen Inselstaates ein erhöhtes Risiko, an sogenannten „Zivilisationskrankheiten“ (Diabetes, Bluthochdruck) zu erkranken. Mit dem Anstieg dieser Krankheiten kämen enorme Kosten auf das Gesundheitswesen zu, warnte Dr. Richardson. Übergewicht sei eine Krankheit, gegen die es keine Pille gebe, erklärte die Ärztin. Als Trost sagte sie, dass Palaus Jugendliche nicht die einzigen im Pazifik wären, die an Übergewicht litten. Vielmehr müsse man bei der Bekämpfung des Übergewichts die ganze Welt im Blick haben und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Info: Das „School Health Screening Program“ wurde 2006 eingeführt. Seitdem wird jährlich unter der Leitung der Abteilung für Familiengesundheit eine Gesundheitsstudie unter den Schülern verschiedener Jahrgangsstufen durchgeführt. Nach Einwilligung der Eltern werden die Jugendlichen gründlich untersucht und zu Fragen wie Ernährungsgewohnheiten, Sport und Verhütung befragt. Dr. Richardson schlug eine Langzeitstudie in einer Schulklasse vor, um die gesundheitliche Entwicklung der Schüler noch besser dokumentieren zu können. (*Palau Horizon* 27.04.10)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

Schutzgebiet ausgewiesen

US-Samoa: Das Dorf Fagamalo im Nordwesten der samoanischen Insel Tutuila hat als erstes Dorf im US-amerikanischen Außengebiet ein Meeresschutzgebiet vor seiner Küste ausgewiesen. Vertreter des Dorfes unterzeichneten ein entsprechendes Abkommen mit Repräsentanten des „US Department of Marine and Wildlife Resources“ Anfang Mai. Im 2,25 Quadratkilometer großen Schutzraum ist ab sofort die Fischerei verboten. Dorfbefehlshaber Faletogo Taliloa begründete das Fischfangverbot mit der drohenden Überfischung der Gewässer.

Bereits seit fünf Jahren engagiert sich die Gemeinde von Fagamalo im sogenannten „Community Based Fishery Management Program“. Mit der Ausweisung der Schutzzone soll der schwindenden Fischpopulation die Möglichkeit gegeben werden, sich zu erholen. Es handelt sich dabei um eine international angewandte Methode. Die englischen Fachbegriffe dafür lauten „No-Take Marine Protected Area“ bzw. „Fishery Management Area“. Die Schutzzone erstreckt sich über ein Gebiet, in der Experten in der Vergangenheit beliebte Laichgründe von Fischen identifizieren konnten. Werden die jungen Fische nicht abgefischt, können sich die Bestände erholen.

In der geschützten Zone sollen Boote patrouillieren und die Einhaltung des Fischfangverbots überwachen. Bei Nicht-Beachtung drohen empfindliche Geldstrafen.

Übergeordnetes Ziel ist es, in ganz Amerikanisch-Samoa rund 20% der Meeresfläche unter Schutz zu stellen, um damit auch

die Korallenriffe zu schützen. Dafür sollen sich auch andere Dörfer zur Ausweisung von Speerzonen vor ihren Küsten entscheiden, wie ein Sprecher des „US-Department for Marine and Wildlife Resources“ erklärte. Die amerikanische Behörde unterstützt die Lokalgemeinden vor Ort bei der konkreten Umsetzung. (*Radio NZ Intern. 09.05.10, <http://www.samoanewsonline.com/viewstory.php?storyid=14924>*)

Solarenergie für Außeninseln

Kiribati: Wiepke van der Goot, der von der Europäischen Union delegierte Botschafter für die Region Pazifik (EU Head of Delegation for the Pacific), hat am 23. März im „Maneaba Otintaai Hotel“ ein Abkommen über die Finanzierung von Solarenergieprojekten auf den Außeninseln der Republik Kiribati unterzeichnet. Mit 4,1 Millionen Euro unterstützt die EU die Anschaffung von Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung. 20 Häuser auf den Line-Islands sollen mit den Anlagen bestückt werden, die Bewohner werden für die Handhabung ausgebildet. Von dem erzeugten Strom sollen Geschäfts- und Privatleute gleichermaßen profitieren. Die Anlagen werden von der „Kiribati Solar Energy Company“ aufgebaut und gewartet.

Mit der Installation der Photovoltaikanlagen verfolgt Kiribati eine neue Energiepolitik. So sollen durch die Nutzung erneuerbarer Energien im Land weniger fossile Treibstoffe eingeführt werden, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.

Wiepke van der Goot sprach von einer „Erfolgsstory“. Bereits seit 1994 habe die EU die Installation von Solaranlagen auf den Außeninseln finanziell gefördert.

Das nun unterzeichnete Abkommen soll vor allem Strom auf die abgelegenen Inseln bringen. Die Gelder dazu stammen aus dem zehnten europäischen Entwicklungshilfefonds (European Development Fund). Aus diesem Fonds

werden weitere 6,7 Millionen Euro für die Verbesserung des Trinkwasser- und Abwassersystems auf den Inseln frei gemacht.

Van der Goot bedankte sich bei allen Partnern vor Ort und betonte die langjährige gute Partnerschaft zwischen der EU und Kiribati. (*Rongorongo Man, Volume 10, Issue 13*)

Brite rettet hungernde Atoll-Bewohner

Kiribati: Der aus Cornwall stammende Segler Alex Bond hat 24 Atollbewohner vor dem Verhungern und Verdursten bewahrt. Bond legte mit seiner 33 Fuß langen Segelyacht „Mary Powell“ auf dem Atoll Kanton an. Kanton ist das größte, nördlichste und derzeit einzige bewohnte Atoll der Phönixinseln (Republik Kiribati). Es liegt auf halbem Weg zwischen Fidschi und Hawaii. Der Segler teilte seinen mitgebrachten Proviant mit den 14 Erwachsenen und zehn Kindern, die das Atoll bewohnen. Sie hatten seit Monaten nur von Fisch und Kokosnüssen gelebt, das Trinkwasser war nahezu aufgebraucht. Normalerweise wird das Atoll regelmäßig von einem Schiff angesteuert, das die Insulaner mit Lebensmitteln und Frischwasser versorgt. Das Versorgungsschiff war jedoch seit über sechs Wochen nicht mehr auf Kanton gewesen.

Der 46-jährige Alex Bond verständigte über ein Satellitentelefon die Küstenwache in seiner Heimatstadt Falmouth in der englischen Grafschaft Cornwall. Diese ihrerseits nahm Kontakt zu den amerikanischen Kollegen auf Hawaiï auf. Die Amerikaner wollen nun die Atollbewohner mit Kochfett, Reis, Zucker und Mehl versorgen. Die Lebensmittel sollen entweder über dem Atoll abgeworfen werden oder per Schiff schnellstmöglich auf die Insel gebracht werden. Ohne die Unterstützung des britischen Seglers wären die Menschen auf dem Atoll verhungert. (*NZZ online 17.05.10, Flash d'Océanie 12.05.10*)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Temaru neuer Parlamentspräsident – Präsident Tong Sang ohne Mehrheit

Frz.-Polynesien: Der mehrmalige Ex-Präsident Französisch-Polynesiens Oscar Temaru ist am 9. April zum neuen Präsidenten der Versammlung Französisch-Polynesiens (entspricht unserem Bundestagspräsidenten) gewählt worden. Er tritt damit die Nachfolge von Philip Schyle an, der vor einem Jahr in dieses Amt gewählt worden war. Damals bildete Temarus Parteibündnis „Union Pour La Démocratie“ (UPLD) und Gaston Tong Sangs Parteibündnis „To Tatou Aia“ („Unser Land“), dem Schyle damals angehörte, die Regierungsmehrheit.

Als Ende November letzten Jahres Temaru durch ein Misstrauensvotum gestürzt wurde und sich unter Tong Sang eine neue Mehrheit aus „To Tatou Aia“ und Gaston Flosses Partei „Tahoeraa Hui-raaatira“ („Vereinigung des Volkes“) bildete, schlossen die beiden neuen Mehrheitsparteien ein Abkommen, nach dem im April ein Mitglied der Tahoeraa-Partei Parlamentspräsident werden sollte. Als Flosse im März in Berufung auf das Abkommen den Posten beanspruchte und Tong Sang Anzeichen zeigte, diesen Forderungen nachzugeben, trat Schyle empört aus Tong Sangs Koalition aus, womit die Regierung ihre knappe Mehrheit endgültig verlor.

Mehrere Tage lang gab es dann zahlreiche Verhandlungen zwischen den Parteien, und schließlich präsentierten sich zum angestrebten Wahlgang als Kandidaten neben Flosse und Temaru auch Jean-Christophe Bouissou, ein bis dahin mit Temaru verbündeter aber vorher „To Tatou Aia“ nahestehender Politiker. In den ersten zwei Wahlgängen erhielt keiner der drei Kandidaten eine Mehrheit, weil sich viele „To Tatou Aia“-Abgeordnete weigerten, für Flosse

zu stimmen und stattdessen Bouissou favorisierten. Flosse erhielt nur die zwölf Stimmen seiner eigenen Partei. Im dritten Wahlgang schied Flosse als drittplatziertes aus, und Temaru gewann mit 30 Stimmen, gegen 20 für Bouissou und sieben Enthaltungen. Während Bouissous Stimmenzahl konstant blieb, hatte Temaru mehrere Stimmen hinzugewonnen. Es war damit klar, dass mehrere Tahoeraa-Abgeordnete für ihn gestimmt hatten.

In seiner Antrittsrede dankte Temaru Flosse, den er als „Aito“ (Helden) bezeichnete, für seine Unterstützung. Flosse hingegen konterte, Temaru solle lieber Tong Sang danken, denn dieser habe sein Wort gebrochen und damit verhindert, dass Flosse Parlamentspräsident wurde.

Bei der anschließenden Neuwahl des Präsidiums und der Ausschüsse teilten sich UPLD und Tahoeraa die führenden Posten untereinander auf, während „To Tatou Aia“ leer ausging. Tong Sang bleibt zwar bis auf weiteres Präsident, aber seine Gegner beherrschen jetzt die Versammlung. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii. Quellen: Tahitipresse, Tahiti-Pacifique)*

Zweitschlechtestes Investitionsklima weltweit

Frz.-Polynesien: Die renommierte amerikanische Wirtschaftsagentur „Standard & Poor's“ hat im Zuge ihrer jährlichen Bewertung der Kreditwürdigkeit aller Staaten und Territorien Französisch-Polynesien die weltweit zweitschlechteste Note BBB- erteilt. Nur Equador erhielt mit CCC+ eine noch schlechtere Bewertung. Das französische Überseegebiet rangiert damit weit hinter vielen Ländern der ‚Dritten Welt‘, deren angeschlagene wirtschaftliche Situation allgemein bekannt ist, beispielsweise Bangladesch, Mosambik, Fidschi, Albanien und Papua-Neuguinea.

Ausschlaggebend für die Notenvergabe ist der Zustand der Staatsfinanzen, deren Manage-

ment durch die jeweilige Regierung, sowie weitere Faktoren, die das Land attraktiv oder unattraktiv für Investoren machen. Als Gründe für die schlechte Bewertung Französisch-Polynesiens wurden vor allem die politische Instabilität sowie das seit Jahren andauernde Missmanagement der Staatsfinanzen durch inkompetente Lokalpolitiker und die mangelnde Transparenz bei der Auftragsvergabe (in anderen Worten: Vetterwirtschaft und Korruption) genannt.

Die schlechte Note von Standard & Poor's ist nicht die einzige alarmierende Meldung über die Wirtschaft des Landes. Die Tourismusindustrie, einst als wirtschaftlicher Motor des Landes gepriesen, ist von massiver Rezession betroffen. Die Zahl der Besucher betraf im Jahr 2009 nur 160.000, ebensoviel wie vor zwanzig Jahren. Die Hotels in Tahiti und Bora-Bora sind im Durchschnitt nur noch zu 35% ausgelastet, und viele stehen kurz vor dem Konkurs. In den letzten zwei Jahren wurden 6.000 Tahitier arbeitslos, was für viele einen Abstieg in die totale Armut bedeutet, denn viele städtische Arbeiterfamilien haben keinen Zugang zur Subsistenzlandwirtschaft. Anders als im französischen Mutterland gibt es in Französisch-Polynesien keinerlei Arbeitslosen- oder Sozialhilfe. Mehr als ein Viertel der Einwohner des Landes leben mittlerweile unter der Armutsgrenze (siehe folgender Artikel).

Gleichzeitig nimmt der Abstand zwischen Armen und Reichen immer mehr zu. Nach einer im März veröffentlichten Studie des statistischen Landesamtes des Territoriums und der französischen Entwicklungshilfeagentur AFD ist die Einkommensverteilung in Französisch-Polynesien weit aus ungleicher als in Frankreich und statt dessen mit den Ländern Lateinamerikas zu vergleichen. Dies ist bedingt durch die extrem hohen Gehälter für Beamte der französischen Zentralregierung und der Landesregierung, die bei etwa 180 Prozent des französischen Niveaus liegen, während

gleichzeitig der gesetzliche Mindestlohn im Privatsektor nur 60% des französischen Niveaus beträgt. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii. Quellen: Tahitipresse; Tahiti-Pacifique)*

Jeder Vierte lebt unterhalb der Armutsgrenze

Frz.-Polynesien: Jeder vierte Bewohner Französisch-Polynesiens lebt unterhalb der Armutsgrenze. Das ergab eine Studie im Auftrag der Französischen Entwicklungsbank AFD (Agence Française de Développement). Die Studie war im August 2009 unter 1.000 Familien der Gesellschaftsinseln, zu denen auch die Insel Tahiti mit der Hauptstadt Papeete gehört, durchgeführt worden. Als Armutsgrenze legten die Entwickler der Befragung, die Pariser Dauphiné Universität und das französische Forschungsinstitut für Entwicklung IRD, 1.000 US Dollar fest, das entspricht dem derzeitigen monatlichen Mindestlohn in Französisch-Polynesien. *(Oceania Flash 12.03.10)*

Neue Verfassung

Pitcairn: Die Pitcairinsel, das letzte britische Überseegebiet im Südpazifik, hat sich Mitte März eine neue Verfassung gegeben. An der Verfassung arbeiteten nahezu alle der verbliebenen 53 Einwohner der 4,5 Quadratkilometer großen Hauptinsel Pitcairn. Wichtigste Neuerung: Die Wahrung der Menschenrechte ist nach den Skandalen um Inzest und Sex mit Minderjährigen nun in der Verfassung verbrieft. Außerdem regelt die neue Verfassung die Einsetzung eines Generalstaatsanwaltes.

Proklamiert wurde die Verfassung von George Fergusson, dem britischen Hochkommissar in Neuseeland, der zugleich Gouverneur der Pitcairn-Inseln ist. Die „Pitcairn Constitution Order 2010 No. 244“ ersetzt die alte Verfassung aus dem Jahr 1970. *(ABC Australia 11.03.10, http://www.opsi.gov.uk/si/si2010/uksi_2010244_en_1)*

Ex-Bürgermeister wird neuer Gouverneur

Rapa Nui (Osterinsel): Der ehemalige Bürgermeister von Rapa Nui, Petero Edmunds Paoa, wurde Mitte März von Chiles neuem Präsidenten Sebastián Piñera zum neuen Gouverneur der Insel ernannt. Edmunds trat damit die Nachfolge der seit 2006 amtierenden Gouverneurin Carolina Hotu an. Die Ernennung sorgte für Wirbel, da Edmunds nicht der rechtskonservativen „Alianza“-Koalition von Präsident Piñera angehört sondern der Christdemokratischen Partei, die Teil des Mitte-Links-Bündnisses „Concertación“ der vorherigen Präsidentin Michelle Bachelet ist.

Lokale Vertreter der „Alianza“ auf der Insel zeigten sich empört über die Entscheidung Piñeras und fühlten sich übergangen. Viele von ihnen hatten Edmunds während seiner 14-jährigen Amtszeit als Bürgermeister heftig kritisiert und ihm Korruption sowie eine entweder anti-chilenische oder zu stark pro-chilenische Haltung vorgeworfen (Zur Info: Anhänger der „Alianza“ auf Rapa Nui kommen aus zwei Lagern: Einerseits rechtsgerichtete Chilenen, andererseits Rapanui-Nationalisten, die für die Unabhängigkeit eintreten und sich mit ersteren in einem Zweckbündnis gegen Edmunds und andere Lokalpolitiker der „Concertación“ befinden).

Piñera ließ sich allerdings von den Protesten nicht beeinflussen und hielt an seiner Entscheidung fest. Die Ernennung ist vermutlich ein taktischer Schachzug Piñeras, um den charismatischen Lokalpolitiker Edmunds in die neue chilenische Regierung einzubinden und damit einerseits den auf der Insel traditionell starken Block von „Concertación“-Anhängern zu spalten, und andererseits eine mögliche Radikalisierung Edmunds und seine Verbindung mit der Unabhängigkeitsbewegung (nach dem Vorbild von Gaston Flosse in Tahiti) zu verhindern. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii. Quellen: The Santiago Times)

Leihgabe einer Statue nach Paris in Volksabstimmung abgelehnt

Rapa Nui (Osterinsel): Am 1. März fand auf Rapa Nui eine Volksabstimmung über die Leihgabe einer Moai (steinerne Kolossalstatue) von der Insel nach Paris statt. Seit mehr als zwei Jahren hatten französische Museen sowie verschiedene Institutionen in Chile und auf der Insel, unter diesen der damalige Bürgermeister Petero Edmunds, eine Sonderausstellung über die Kultur der Osterinsel in Paris geplant. Kernstück der Ausstellung sollte eine der berühmten Steinstatuen werden, die mit einer Sondergenehmigung der chilenischen Regierung nach Frankreich verschifft werden sollte. Gegen diese Pläne erhoben sich allerdings lautstarke Proteste unter einheimischen Aktivisten, die eine Beschädigung der Figur fürchteten. Schließlich willigte die chilenische Regierung ein, über die Frage eine Volksabstimmung auf der Insel abzuhalten, an der in Übereinstimmung mit internationalen Bestimmungen zum Schutz indigener Völker nur einheimische Rapanui teilnehmen durften. Unter den 900 Wahlberechtigten sprach sich eine überwältigende Mehrheit von 789 gegen die Leihgabe aus, so dass sich die Pariser nun wohl damit abfinden müssen, keinen echten Moai sehen zu können. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii. Quelle: TahitiPresse)

HAWAII

Stadtrat von Honolulu kriminalisiert Obdachlose

Ende März beschloss der Gemeinderat von Honolulu (die Gemeinde umfasst die gesamte Insel O'ahu mit knapp einer Million Einwohnern), einen Erlass, nach dem das Aufstellen von Zelten und die Benutzung von Einkaufswagen in öffentlichen Parks in Zukunft verboten ist. Ziel des Gesetzes ist es, die immer zahlreicher werdenden Obdachlosen, die üblicherweise in Zelten übernachten und ihr Hab und Gut in von Su-

permärkten entwendeten Einkaufswagen transportieren, aus den Parks zu vertreiben.

Während die Gemeinderäte ihren Entschluss damit verteidigten, dass die Stadtparks zur Erholung aller Bürger dienen sollen und nicht von Randgruppen als Wohnraum missbraucht werden dürften, meinten Kritiker, die Verordnung bringe keinerlei Abhilfe, da die Obdachlosen zwar aus Parks verbannt werden, aber es vollkommen unklar bleibt, wo sie stattdessen übernachten sollen.

Obdachlosen- und Solidaritätsverbände erklärten, mit dem Gesetz würde Obdachlosigkeit quasi zur kriminellen Handlung erklärt. Stattdessen sei die Stadtverwaltung besser beraten, erschwinglichen Wohnraum zu schaffen. Nach Schätzungen stehen bis zu einem Drittel der existierenden Wohnungen auf O'ahu leer, weil sich die ärmeren Einwohner die verlangten Mieten nicht leisten können. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii. Quellen: Honolulu Star-Bulletin, Honolulu Advertiser, eigene Recherchen)

Gesetz für eingetragene Lebenspartnerschaften beschlossen

Das Parlament des US-Bundesstaates Hawaii hat Ende April ein Gesetz zur Schaffung eingetragener Lebenspartnerschaften erlassen. Nachdem der Stadtsenat die Gesetzesvorlage bereits im Januar beschlossen hatte, wurde sie im Staatsrepräsentantenhaus mehrmals vertagt, bis sie Ende April schließlich eine Mehrheit erhielt. Damit ist es in Zukunft homosexuellen Paaren möglich, eine offizielle Partnerschaft zu schließen und die gleichen gesetzlichen und steuerlichen Vorteile wie in einer Ehe zu genießen. Die Gesetzesvorlage war jahrelang umstritten, und mehr als einmal demonstrierten christliche Fundamentalisten vor dem Parlamentsgebäude dagegen, was zu Konfrontationen mit liberalen Gegendemonstranten für das Gesetz führte.

Damit das Gesetz gültig wird, muss Gouverneurin Linda Lingle es allerdings noch unterschreiben. Falls sie ein Veto dagegen einlegt, kann diese von einer Zweidrittelmehrheit überstimmt werden. Falls sie dagegen ganz untätig bleibt, tritt das Gesetz nach einer gewissen Verzögerung automatisch in Kraft. Da Lingle der republikanischen Partei angehört, zu der die meisten Kritiker des Gesetzes zählen, sie selbst aber dem liberalen Flügel ihrer Partei angehört, und die ledige Gouverneurin nach von ihr nicht dementierten Gerüchten selbst lesbisch ist, wird allgemein erwartet, dass sie untätig bleibt und das Gesetz passiv wirksam werden lässt. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Honolulu Star Bulletin; Honolulu Advertiser)

Forscher entdeckt amphibische Insekten

Daniel Rubinoff von der Universität in Honolulu hat im hawaiischen Bergland amphibische Insekten entdeckt. Die Raupen können sowohl unter Wasser als auch auf dem Land leben. Sie atmen den Sauerstoff sowohl aus der Luft als auch aus dem Wasser und können sich in beiden Umgebungen völlig normal zu Faltern entwickeln.

Rubinoff untersuchte Falter aus 89 eng verwandten Arten der Gattung „Hyposmocoma“ im Bergland von O'ahu. Von diesen erwiesen sich zwölf Arten als Amphibien, die sowohl in den Bergbächen als auch auf dem Land leben können. Die genetische Untersuchung der Arten zeigte, dass diese speziellen Anpassungen nicht auf eine einmalige Laune der Natur zurückzuführen sind, sondern vor zehn bis sieben Millionen Jahren dreimal in verschiedenen Abstammungsreihen erworben wurden.

Rubinoff erklärte, dass man bisher noch nie wirklich amphibische Insekten entdeckt habe, die sich völlig im Wasser oder auf dem Trockenen entwickeln könnten. Bisher habe man nur Kenntnis von Insekten, die einzelne Le-

bensphasen mit speziellen Anpassungen im Wasser verbringen. Die Raupen seien ein weiteres Zeichen für die Einzigartigkeit der Tier- und Pflanzenwelt auf dem isoliert gelegenen Archipel im Pazifik.

Info: Dr. Daniel Rubinoff ist Professor für Entomologie an der Uni in Honolulu und Direktor des „Hawaii Insect Museum“ der Uni. Die Ergebnisse seiner Forschungen auf Hawaii veröffentlichte er in den „Proceedings“ der amerikanischen Akademie der Wissenschaften. (Die Zeit 22.03.10, <http://www.ctahr.hawaii.edu/rubinoff/pi.html>, <http://jetlib.com/news/tag/hyposmocoma/>)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Erklärung zu indigenen Völkern unterzeichnet

Mitte April hat die Regierung Neuseelands die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker unterzeichnet. Die Erklärung begründet die Standards des internationalen Menschenrechts für den Schutz der Rechte der indigenen Völker und ist im September 2007 durch den Menschenrechtsrat - das grundlegende internationale Menschenrechtsorgan der Vereinten Nationen - verabschiedet worden. Sie erkennt das Recht indigener Völker an, ihre eigene Zukunft und Identität zu wählen. Zudem gewährt sie indigenen Völkern das Recht, Projekten, die sie betreffen, Zustimmung oder Ablehnung zu erteilen.

Neuseeland hatte die Erklärung bisher nicht unterstützt. Der neuseeländische Minister für Maori-Angelegenheiten, Pita Sharples, gab Mitte April in New York die historische Wende bekannt. Ein Mitglied der Maori im neuseeländischen Parlament, Hone Harawira, erklärte gegenüber Journalisten: „Dieses Land erkennt die Rechte von Frauen, die Rechte von Arbeitern und die Rechte von Hunden an; wunderbar, dass es sich endlich dazu entschlossen

hat, auch die Rechte indigener Menschen anzuerkennen.“

Maori- Verbände reagierten mit Begeisterung auf die Annahme der Erklärung. Sir Edward Taihakerei Durie, ein Maori und Richter beim Obersten Gerichtshof, sprach gar von dem wichtigsten Ereignis seit der Unterzeichnung des Vertrages von Waitangi vom 6. Februar 1840.

Die USA und Kanada sind die einzigen zwei Staaten, die die vor drei Jahren von den Vereinten Nationen verabschiedete Erklärung nicht unterstützen. Die Erklärung ist nicht rechtlich bindend, sondern gibt lediglich Empfehlungen für die bessere Integration indigener Völker in Staatengemeinschaften.

Info: Nach Schätzungen der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ gibt es weltweit noch rund 5.000 indigene Gemeinschaften in 75 Staaten. Zu ihnen zählen die rund 84 Millionen Adivasi in Indien, die Sami im Norden Europas, die etwa 40 Millionen Indianer in Nord-, Mittel- und Südamerika, die Aborigines in Australien, die Maori in Neuseeland sowie die San im südlichen Afrika. (<http://www.gfbv.de/>, <http://www.survivalinternational.de/nachrichte/n/5847>, <http://www.treatyrepublic.net/>, diverse Artikel auf <http://www.3news.co.nz>)

Armee reduziert Kräfte in Timor-Leste

Der neuseeländische Verteidigungsminister Wayne Mapp hat die Reduzierung der neuseeländischen Streitkräfte „New Zealand Defence Force“ in Timor-Leste bekanntgegeben. Von bisher 155 Soldaten werden ab sofort nur noch 75 Soldaten zur internationalen friedenssichernden Gruppe gehören. Mapp begründete die Entscheidung mit der zusehends stabileren Situation in Osttimor. Es sei an der Zeit, die Verantwortung für die Sicherheit im Staat an einheimische Fachkräfte zu übergeben, sagte der Verteidigungsminister. Er führte an, dass auch Australien seit Anfang letzten Jahres seine Streitkräfte sukzessive

reduziert habe.

Info: Seit 1999 wurde Osttimor beim Prozess der Staatengründung von militärischen Einheiten aus einer Vielzahl von Ländern unterstützt. Von 1999 bis 2000 war die multinationale Friedenstruppe INTERFET (International Force for East Timor) im Einsatz. Mit dem Tag der Unabhängigkeit (20. Mai 2002) kam die „United Nations Mission of Support for East Timor“ (UNMISET) ins Land. Von 2005 bis 2006 halfen Verwaltungsangestellte, Polizisten, Rechts- und Wirtschaftsberater der „United Nations Office in Timor Leste“ (UNOTIL) beim Aufbau eines funktionierenden Staatswesens.

Zwischen Ende April und Ende Mai 2006 erlebte Osttimor die schwersten Unruhen seit seiner Unabhängigkeit. 37 Menschen starben, 155.000 waren auf der Flucht. Ausgangspunkt dafür war die Entlassung von etwa 40% der Armeeinghörigen, die aus Protest gegen Missstände bei den Verteidigungskräften Osttimors Anfang des Jahres desertierten. Über 3.000 Soldaten einer „Internationalen Stabilisierungstruppe“ (ISF) wurden deshalb aus verschiedenen Ländern nach Osttimor geschickt, um die Situation wieder zu stabilisieren. Seit September 2006 engagiert sich die „UN Integrated Mission in Timor-Leste“ (UNMIT) gemeinsam mit den ausländischen Sicherheitskräften für die Sicherheit und Ordnung im Land. Sie soll Osttimor auch beim wirtschaftlichen Aufbau unterstützen. Verstärkt wird die UNMIT nach wie vor von der ISF unter Führung Australiens. Australien und Neuseeland haben noch rund 800 Mann im Land stationiert. Die neuseeländischen Truppen unter Führung von Captain Wayne Burroughs patrouillieren in der Hauptstadt Dili sowie im Osten des Landes und unterstützen die einheimischen Polizisten bei der Überwachung der Sicherheit.

(<http://www.nzdf.mil.nz/operations/deployments/east-timor/>, *Flash d'Océanie* 19.05.10, *Wikipedia*, *Deutsche Osttimor-Gesellschaft online*)

Rugbyverband entschuldigt sich bei Maori

Der neuseeländische Rugbyverband hat sich Mitte Mai bei den Maori für erlittenes Unrecht offiziell entschuldigt. Der einheimischen Bevölkerung Neuseelands war es von 1920 bis zum Ende der Apartheid in Südafrika Anfang der 1990er Jahre verwehrt geblieben, im Team der neuseeländischen Nationalmannschaft „All Stars“ zu spielen. Die damalige Regierung Südafrikas hatte das Auftreten schwarzer Rugbyspieler verboten, so dass Maori nicht an den Rugbymeisterschaften 1928, 1949 und 1960 in Südafrika beteiligt waren. Dafür entschuldigte sich im Namen des südafrikanischen Rugbyverbandes auch Pfarrer Makhenkesi Arnold Stofile, der Minister für Sport und Freizeit. Beide Verbände schrieben einen offiziellen Entschuldigungsbrief an die Maori.

Im nächsten Jahr wird die Rugbyweltmeisterschaft in Neuseeland ausgetragen. (*Flash d'Océanie* 14.05.10, <http://nz.sports.yahoo.com/rugby/news/article/-/7234384/nzru-apologises-maori-players>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Indonesisches Mega-Landwirtschaftsprojekt in Merauke geplant

Papua: Die indonesische Regierung plant, 1,6 Millionen Hektar Land in Merauke, Provinz Papua, in Plantagenfläche umzuwandeln. Das Land- und Energiewirtschaftsprojekt „MIFEE“ (Merauke Integrated Food and Energy Estate) soll Indonesien zu einem der größten Nahrungsmittelproduzenten der Welt machen. Über eine Million Hektar intakter Wald müssten für das Projekt gerodet werden. Angesichts der drohenden ökologischen und sozialen Folgeschäden sprach die indonesische Nichtregierungsorganisation

AMAN (Aliansi Masyarakat Adat Nusantara/ Indigenous Peoples Alliance of the Archipelago) während der 9. Sitzung des Permanenten Forums für indigene Angelegenheiten der Vereinten Nationen in New York von einem „strukturellen und systematischen Genozid“ an der indigenen Papuabevölkerung.

Der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) führte das Landwirtschaftsprogramm MIFEE am 17. Januar 2010 ein. Es fällt unter das Gesetz zum „Schutz von Gebieten für Nachhaltige Landwirtschaft“ Nr. 41/2009 vom September 2009. Basierend auf Präsidialverordnung Nr. 01/2010 über die „Beschleunigung des Entwicklungskorridors von Merauke“ kann mit dem Projekt noch in diesem Jahr begonnen werden. Geplant sind der Anbau von Reis, Mais, Soja, Rohrzucker und Ölpalmen. Unter dem Slogan „Ernähre Indonesien und dann die Welt“ sollen die Produkte die Nahrungsmittel- und Energiesouveränität Indonesiens garantieren und das Land zu einem der international wichtigsten Exportlieferanten von Nahrungsmittel- und Energieprodukten entwickeln.

Das groß angelegte Landwirtschaftsprogramm benötigt nach Angaben des stellvertretenden Landwirtschaftsministers Bayu Krisnamurthi eine Anfangsfinanzierung von etwa sechs Milliarden US-Dollar. Insgesamt 36 Investoren aus dem In- und Ausland hätten bereits ihr Interesse bekundet, darunter Unternehmen aus Japan, Südkorea, Saudi-Arabien und anderen Staaten des Mittleren Ostens. Sechs Unternehmen (Bangun Tjipta, Medco Group, Comexindo, Digul Agro Lestari, Buana Agro Tama und Wolo Agra Makmur) sollen bereits im Besitz einer Lizenz sein, die eine Landnutzung für 60 Jahre ermöglicht.

Lokale, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen kritisieren das Mega-Projekt für Merauke und warnen vor gravierenden ökologischen und sozialen Problemen. Die in Jakarta ansässige Umweltorganisation

Greenomics gibt zu bedenken, dass riesige intakte Waldgebiete vor Ort gerodet werden müssten, um ein Landwirtschaftsprogramm dieses Umfangs umzusetzen. Nach Kalkulationen, basierend auf Satellitenbildern und Regierungsinformationen, geht die Umweltorganisation von etwa 500.000 Hektar Land in Merauke aus, das als Produktionswald klassifiziert ist und industriell genutzt werden darf. Um das Projekt zu realisieren, müssten zusätzlich 1,1 Millionen Hektar intakter Wälder gerodet werden, kritisiert der Direktor von *Greenomics*, Elfian Effendi. Damit verstoße Indonesien gegen sein Versprechen, Wälder zu schützen, um den Kohlendioxid-Ausstoß zu senken. Das gesamte Ökosystem Meraukes drohe zudem zu kollabieren.

Der indigenen Papuabevölkerung droht mit Umsetzung des MIFEE-Projektes eine weitere gravierende Marginalisierung auf dem eigenen Land. Lindon Pangkali von WWF Papua warnt, dass die einheimischen Bauern ihre landwirtschaftlichen Anbaugelände und somit ihre Nahrungsmittelgrundlage verlieren werden. „Wo sollen sie dann ihren landwirtschaftlichen Aktivitäten nachgehen? Die Lebensgrundlage der Papua hängt von der Natur ab“, sagte der erfahrene Umweltschützer aus Papua gegenüber der *Jakarta Post*. Der enorme Arbeitskräftebedarf für das Projekt wird durch den Zuzug von Arbeitern aus anderen Landesteilen Indonesiens gedeckt werden müssen und die indigene Papuabevölkerung in eine Minderheitensituation gebracht werden. Das amerikanische *West Papua Advocay Team* (WPAT) geht durch die erforderliche Zuwanderung von einem Bevölkerungsanstieg in Merauke von derzeit 175.000 auf 800.000 Menschen aus.

Die indonesische Nichtregierungsorganisation AMAN warnte am 23. April 2010 in einer Erklärung während der 9. Sitzung des Permanenten Forums für indigene Angelegenheiten der UN in New York davor, dass das MIFEE-Projekt die indigene Bevölkerung

Papuas zu einer Minderheit machen werde, wenn nicht gar deren Aussterben in Kauf nehme. „Dies ist, wie wir sagen können, struktureller und systematischer Genozid. Es ist inakzeptabel“, heißt es in der Erklärung. Die Nichtregierungsorganisation fordert das UN-Forum unter anderem dazu auf, eine unabhängige Studie über die Auswirkungen von MIFEE für die indigene Bevölkerung Papuas durchzuführen. (Artikel von Kristina Neubauer, West-Papua-Netzwerk Wuppertal. Quellen: *The Strait Times* 27.02.10; *The Jakarta Post* 05.03.10, 09.03.10 und 03.04.10; *Reuters* 25.03.10; *IRIN* 26.03.10; *AMAN's statement before the 9th session of the UN Permanent Forum on Indigenous Issues*, New York 23.04.10; www.greenleft.org.au/2010/833/42879)

Wiederaufnahme des Transmigrations-Programmes

West Papua: Der Gouverneur der Provinz West Papua, Abraham O. Atururi, hat im Februar 2010 mit dem Gouverneur von West Java ein Abkommen unterzeichnet, nach dem das Transmigrationsprogramm für West Papua wieder aufgenommen und 7.000 Familien aus West Java nach West Papua umgesiedelt werden sollen. Dieser Beschluss stößt bei der lokalen Bevölkerung West Papuas auf starken Widerstand. Das „Nationale Jugendkomitee Papuas“ KNPP (Komitee Nasional Pemuda Papua) rief am 4. März zu einer Demonstration in der Stadt Sorong auf, an der verschiedene Bevölkerungsgruppen Papuas teilnahmen und die geplante Transmigration nach West Papua kritisierten.

„Die Provinzregierung will 7.000 Häuser für die Migranten bauen, doch was wird aus dem Schicksal der indigenen Bevölkerung Papuas?“, fragte der Koordinator der Kundgebung, Luis Sroyer, vor dem Stadtparlament in Sorong. Die Demonstranten wiesen auf die Negativ-Erfahrungen des Transmigrationsprogrammes in der Vergangenheit hin und lehnten die Wiederwahl des amtierenden Gouverneurs Atururi im Jahre 2011 unter diesen Umständen ab.

Abgeordnete des Stadt- und Landkreisparlaments von Sorong nahmen die Forderungen der Demonstranten entgegen und versprachen, sie an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten. (*West Papua Rundbrief* Nr. 49, April 2010, Seite 11)

Polizei kämpft gegen „Ninjas“

Timor-Leste: Die Polizei Osttimors veranlasst eine langfristige Polizeioperation zur Bekämpfung einer neuen nationalen Sicherheitsbedrohung. Diese Bedrohung besteht aus einer Gruppe Ninjas, der unter anderen zwei Morde im vergangenen Dezember und Januar zur Last gelegt werden. Die Existenz dieser Gruppe wird jedoch bezweifelt und die Polizeioperation von Menschenrechtsorganisationen kritisiert.

Anfang des Jahres 2010 ordnete Polizeichef Longuinhos Monteiro eine paramilitärische Polizeioperation in den Distrikten Cova Lima und Bobonaro an, um die Aktivitäten der „Ninjas“ zu stoppen. Im Februar wurden die Festnahme von 118 Personen und die Inhaftierung von sieben Personen verkündet. Vorausgegangen waren die Morde an einem 15-jährigen Mädchen aus Bobonaro am 22. Dezember 2009 und an einem Baby in Cova Lima am 19. Januar 2010, die den „Ninjas“ neben Erpressung, Diebstählen und Steinwürfen vorgeworfen werden.

Der Bezeichnung „Ninjas“ liegt die angebliche schwarze Maskierung und das mysteriöse Erscheinungsbild zu Grunde, doch ursprünglich stammt sie aus der Zeit der indonesischen Besetzung und beschreibt schwarz gekleidete pro-indonesische Milizen, die, gestützt vom indonesischen Militär, osttimoresische Unabhängigkeitskämpfer gezielt terrorisierten, entführten und umbrachten.

Beobachter und Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen erheben die Anklage, die Jagd auf „Ninjas“ sei ein gezielter Einschüchterungsversuch der natio-

nenalen Polizei (PNTL), die tief sitzende Ängste der traumatisierten Bevölkerung ausnutzt und Anhänger der Opposition einschüchtern will. So seien die Aktivitäten der „Ninjas“ Gerüchte, die gezielt gestreut werden, um soziale Spannungen hervorzurufen.

„Rumors about „ninja“ may be spread by some irresponsible people für political purposes“, erklärt die osttimoresische Menschenrechtsorganisation HAK und verdeutlicht, dass es keine Hinweise auf organisierte Kriminalität einer Gruppe „Ninjas“ gibt und weist vielmehr in ihrem Bericht auf Menschenrechtsverletzungen seitens der Polizei hin. Beklagt werden willkürliche Festnahmen, Gewaltanwendung während der Verhöre und eine gezielte Verunsicherung, Verängstigung und Diskriminierung der Bevölkerung durch die Präsenz und das Verhalten der Polizei in den Distrikten, in denen die „Combat Ninja“-Operationen durchgeführt werden. Polizeichef Longuinhos Monteiro warnte in den lokalen Medien: „Any ninjas who want to take us on, your final stop will be Santa Cruz cemetery“.

Timor-Leste hat in seiner ersten Dekade als unabhängiges Land bereits einige Krisen durchstanden, wie die Anschläge auf Präsident José Ramos-Horta und Ministerpräsident Xanana Gusmao in 2008, bei denen beide überlebten und der Rebellenführer Reinado starb. (Artikel von Janina Pawelz, DOTG. Quellen: www.laohamutuk.org, www.globalvoicesonline.org, www.yayasanhak.minihub.org, www.thejakartaglobe.com, www.time.com, www.osttimor.de, www.easttimorlegal.blogspot.com)

AUSTRALIEN

Haushaltsplan verabschiedet

Mitte Mai hat die australische Regierung den Jahreshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010/2011 bekanntgegeben. Der australische

Finanzminister, Schatzkanzler Wayne Swan, brachte den Haushalt im Parlament ein, das ihn dann verabschiedete. Swan erklärte, dass Australien seine Ausgaben für die Entwicklungshilfe auf 0,33% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) steigern werde. Bis zum Jahr 2015 soll die Entwicklungshilfe dann 0,5% des BIP betragen.

Australien wird den Pazifikraum in den nächsten zwölf Monaten mit 1,085 Millionen AUS-Dollar unterstützen. Schwerpunkt der finanziellen Unterstützung ist dabei Papua-Neuguinea, das insgesamt 4% mehr Geld bekommt als im vergangenen Haushaltsjahr. Sogenannte „Pacific Partnerships for Development“ hat Australien mit folgenden pazifischen Ländern abgeschlossen: Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen, Kiribati, Vanuatu, Tonga, Nauru und Tuvalu.

1,4 Millionen AUS-\$ steckt Canberra in das Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft (Secretariat of the Pacific Islands Forum, PIF), damit die Vereinbarungen des „Cairns Compact“ von August 2009 über die Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit im Pazifik umgesetzt werden können (Cairns Compact on Strengthening Development Coordination).

Mit weiteren 2,4 Millionen AUS-Dollar sollen in den nächsten drei Jahren pazifikweite Projekte zur Überwachung der Fischerei und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände gefördert werden.

Im Bereich Klimawandel und Umweltschutz unterstützt Australien vor allem Projekte in den Anrainerstaaten Indonesien und Papua-Neuguinea. Hier liegt die besondere Betonung auf dem Schutz der letzten intakten Regenwälder vor (illegaler) Abholzung. Auf den niedrig gelegenen Atollinseln will Australien Maßnahmen zur Anpassung an die Klimawandelfolgen unterstützen.

Für die Bereiche Militär und Sicherheit wird Canberra 80,5 Millionen AUS-Dollar beisteuern. Da-

mit sollen friedenserhaltende Maßnahmen in Osttimor, Tonga und Vanuatu gefördert werden.

Mit 301,5 Mio. AUS-Dollar sollen Hilfsmaßnahmen nach humanitären Katastrophen finanziert werden, dazu zählt Australien auch die zu erwartenden ‚Klimaflüchtlinge‘. (http://www.budget.gov.au/2010-11/content/ministerial_statements/ausaid/html/ms_auaid-06.htm#P539_91821, Tahiti-*presse* 14.05.10, *Flash d'Océanie* 12.05.10)

Wii-Konsole ersetzt Sportunterricht

Das Bildungsministerium des australischen Bundesstaates „New South Wales“ und die australische Sportkommission haben das Spielen mit der Wii-Konsole in den Lehrplan für den allgemeinen Sportunterricht aufgenommen. Eltern minderjähriger Schüler können zukünftig entscheiden, ob ihre Kinder an Outdoor-Sportarten wie Cricket, Soccer oder Fußball teilnehmen sollen, oder an der Videospielekonsole ein Wii Fit-Spiel auf dem Balance Board spielen sollen.

Der zweifache Familienvater und Boxweltmeister Danny Green kritisierte den neuen Lehrplan. Kinder verbrachten schon den größten Teil des Tages sitzend in Klassenräumen, Sport an der frischen Luft sei dringend nötig. Lehrer verteidigten jedoch die neue Option. So erklärte der Sprecher der Mosman High School etwa, seine Schule sei schon immer Vorreiter bei der Anwendung moderner Technologien gewesen und das Spielen an der Videospielekonsole erfordere sehr wohl eine gewisse körperliche Aktivität.

Info: Die Wii ist eine fernsehgebundene Videospielekonsole der japanischen Firma Nintendo. Ihr wesentliches Merkmal ist ein neuartiger Controller, der herkömmlichen Fernbedienungen ähnelt, aber über eingebaute Bewegungssensoren verfügt. Diese registrieren die Position und die Bewegungen des Controllers im Raum und setzen sie in entspre-

chende Bewegungen von Spielfiguren oder -elementen auf dem Bildschirm um.

Mit dem Computerspiel „Wii Fit“ wird ein weiterer Controller ausgeliefert, das Balance Board. Es handelt sich dabei um eine Balance-Körper-Waage, die aus vier betretbaren Sensorflächen besteht. Position und Verlagerungen des Körpergewichts werden per Bluetooth an die Konsole gesendet, um das Spiel zu beeinflussen.

Wii Fit erfreut sich auch in Deutschland großer Beliebtheit. Der gesundheitliche Nutzen für Bewohner von Altenheimen (Aktivierung des Bewegungsapparates durch bei Senioren beliebte Sportarten wie Kegeln) wurde inzwischen durch zahlreiche wissenschaftliche Studien nachgewiesen. Auch die Alfred-Teves-Grund- und Hauptschule im niedersächsischen Gifhorn hat mit dem Projekt „Sport und Neue Medien“ die Wii erfolgreich in ihren Sportunterricht integriert. (*Fiji Times* 05.04.10, http://spiele.t-online.de/schulprojekt-wii-auch-im-deutschen-schulsport/id_14386424/index, Wikipedia)

Down under in Hannover

Zum Saisonstart am 1. April 2010 hat der Erlebnis zoo Hannover seine sechste Themenwelt, die neue Australienlandschaft „Outback“ mit begehbaren Bennett-Känguru-Anlage, eröffnet. Auf über 5.300 qm tummeln sich auf rotem Sand Riesenkängurus, Emus, Sumpfwallabys, Bennett-Kängurus und Wombats. Die Tiere leben zwischen einem trockenem Flussbett, einem Windrad und einem rustikalen Farmhaus mit Wellblechdach. Blickfang in der begehbaren Bennett-Känguru-Anlage ist eine Tankstelle, die mit alten Autoreifen, Zapfsäulen, Ölfässern und anderen Dekorationsartikeln das „Outback-Feeling“ beschwören soll.

Die neue Themenwelt wurde u.a. aus Mitteln des Konjunkturpakets II finanziert. 980.000 € kamen aus diesem Topf, 500.000 € steuerte der Zoo aus eigenen Mitteln bei. (<http://www.zoo-hannover.de/themenwelten/outback.html>)

SPORT

Deutscher gewinnt den „Oscar“ der Wellenreiter

Maui: Sebastian Steudtner aus Nürnberg hat als erster Deutscher und als erster Europäer überhaupt den „Billabong XXL Global Big Wave Award“ gewonnen. Diese Auszeichnung wird seit dem Jahr 2000 an Wellenreiter (Surfer) verliehen, die extrem hohe Wellen abreiten.

Steudtner gelang es am 7. Dezember 2009, vor der Küste der hawaiischen Insel Maui eine rund 20 Meter hohe Welle auf seinem Surfbrett stehend zu durchfahren. Für seinen Mut bekam er jetzt in Los Angeles (USA) den auch als „Oscar der Wellenreiter“ bezeichneten Preis sowie einen mit 15.000 US-Dollar dotierten Scheck.

Info: Der Deutsch-Österreicher Sebastian Steudtner wurde am 5. Mai 1985 in Esslingen geboren, er wuchs in Nürnberg auf. 2001 verbrachte er im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Jahr auf dem Sportinternat „Christa McAuliffe Academy“ in Maui/Hawaii. Dort lernte er die hawaiische Familie Nelson Armitage Sr. kennen, die ihn als Familienmitglied aufnahm und ihn mit dem Towsurfen bekannt machte. Inzwischen gehört der 24-jährige zu den weltbesten Towsurfern. Seit 2008 betreibt Steudtner das Towsurfen professionell, er wird dabei von der italienischen Firma Fiat gesponsort.

Beim „Tow-in“ (dt. hineinziehen) wird der Surfer mit Hilfe eines Jetskis oder eines Hubschraubers in eine große brechende Wasserwelle (big wave) gezogen. Diese Methode ist der einzige Weg, Wellen abzureiten, die aufgrund ihrer Größe und Geschwindigkeit vom Surfer nicht mehr angepaddelt werden können. Der Surfer muss nach dem Abreiten der Welle vom Hubschrauber/Jetski wieder aufgenommen werden, oder aus dem beim Brechen einer Welle entste-

henden Schaum („Weißwasser“) gerettet werden. (*Nürnberger Nachrichten* 26.04.10, Wikipedia, <http://www.sebastiansteudtner.de/>)

Beachsoccer Weltmeisterschaft

Frz.-Polynesien: 2013 findet in Tahiti die Weltmeisterschaft im „Beachsoccer“ statt. Das gab die FIFA Ende März bei ihrer Vorstandssitzung in Zürich (Schweiz) bekannt. Die „Tahitian Football Federation“ hatte sich um die Ausrichtung der WM beworben und konnte sich gegen Länder wie Argentinien, Brasilien, Südafrika und die Niederlande durchsetzen. Die WM findet voraussichtlich vom 9. bis 19. Mai 2013 statt. Mannschaften aus 16 Nationen werden sich im Strandfußball messen. Die Ozeanische Fußballföderation geht von Kosten in Höhe von 6,5 Millionen US-Dollar aus.

Info: Beachsoccer ist eine Abwandlung des Fußballspiels. Die Sportart wird auf Sand oder auf einem Sandstrand ausgetragen. Das Spiel wird von zwei Mannschaften mit je fünf Spielern bestritten. Weiterhin gibt es drei bis maximal fünf Ergänzungsspieler. Die Spieler dürfen keine Ausrüstung tragen, die andere Spieler verletzen könnte. Die Kleidung besteht aus einer Shorts und einem Trikot. Gespielt wird barfuß auf der Sandfläche - lediglich elastische Fuß- oder Knöchelbandagen sind gestattet. Das Spiel besteht aus drei Perioden mit jeweils zwölf Spielminuten. Nach jeder Spielperiode wird die Seite gewechselt. Sollte das Spiel unentschieden sein, folgt eine Verlängerung mit einer Dauer von drei Minuten. Wenn auch die Verlängerung unentschieden endet, gibt es ein Penaltyschießen.

Seit 1995 wird jährlich eine Weltmeisterschaft ausgetragen. Bis 2007 fand die WM immer im Ursprungsland des Beachsoccer, in Brasilien, statt. 2008 trafen sich die Teams in Frankreich, 2009 in Dubai. (*Oceania Flash* 24.03.10, <http://www.fifaworldcupsoccernews.com/>)

Pacific Games 2015 in PNG

Papua-Neuguinea: In Papua-Neuguinea hat die eigens gegründete „Pacific Games Authority“ Mitte März ihre Arbeit aufgenommen. Die Behörde ist für die Ausrichtung der pazifischen Spiele im Jahr 2015 verantwortlich. Den von der Behörde vorgelegten Haushaltsplan hat die Regierung von PNG bereits gebilligt, 250 Millionen Kina wurden in einer ersten Tranche zur Verfügung gestellt. Eigens für die Spiele wird ein großer Indoor-Sportkomplex gebaut, außerdem soll ein neues Mehrfach-Stadion in Port Moresby entstehen.

PNG ist zum dritten Mal nach 1969 und 1991 Ausrichter der pan-pazifischen Spiele, eine Art Olympische Spiele mit spezifisch pazifischen Sportarten wie etwa Auslegerkanu-Rennen. Die Sportwettkampfveranstaltungen werden seit 1963 im vierjährigen Turnus ausgetragen. Die nächsten Spiele im Jahr 2011 finden im neukaledonischen Nouméa statt. (*ABC Australia 12.03.10, Wikipedia*)

Weltrekord im Simultanmassieren

Australien: Am 30. März wurde in Daylesford im australischen Bundesstaat Victoria der Weltrekord im Simultanmassieren gebrochen. 263 qualifizierte Masseur und ebenso viele Entspannungssuchende nahmen an dem Rekord teil und sorgten damit für einen Eintrag ins „Guinness Buch der Rekorde“. Der alte Rekord lag bei 167 simultan behandelnden Masseuren, er wurde 2009 im amerikanischen Washington D.C. aufgestellt.

Das Ereignis fand auf der „Lavendula Lavender Farm“ statt und unterstrich einmal mehr die Bedeutung von Daylesford als australische „Spa-Hauptstadt“. Die Kleinstadt liegt zwei Stunden von Melbourne entfernt in der Macedon Gebirgskette. Die

Region verfügt über die größte Anzahl an natürlichen Mineralquellen in Australien und bietet zudem die meisten Therapeuten pro Einwohner. Zahlreiche Day Spas und Hotels bieten Entspannungsprogramme mit Anwendungen.

(<http://www.daylesfordvictoria.com>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Luxushotel muss schließen

Tahiti: Zum 31. März hat das Hilton Hotel auf Tahiti für immer seine Türen geschlossen. Das 11 Jahre alte Luxushotel mit seinen 189 Zimmern fiel den schwindenden Touristenzahlen zum Opfer. Die Hiltonkette setzt stattdessen auf ihre zwei weiteren Filialen auf den Inseln Moorea und Bora Bora. Beide Häuser wurden in den letzten Monaten generalüberholt und bieten nun einen modernen Fitness- und Spabereich. Das „Hilton Bora Bora Nui & Spa“ wird zudem in diesem Jahr um einen „Kids Club“ ergänzt.

Mit der Schließung des Hilton auf Tahiti gehen 130 Arbeitsplätze verloren. (*Tahitipresse 19.03.10*)

Mit Hövels auf hoher See

Deutschland: Das neue Kreuzfahrtschiff „AIDAblu“ ist die erste schwimmende Brauerei der Welt. An Bord braut der 27-jährige Braumeister Andreas Hegny das Dortmunder Hövels Bier. Er nutzt dazu entsalztes Meerwasser. Dieses ist extrem weich und verleiht dem Bier einen besonderen Geschmack. Täglich können für die rund 2.200 Passagiere 600 Liter Bier gebraut werden, insgesamt 13.000 Liter können an Bord gelagert werden.

Info: Die „AIDAblu“ ist ein Kreuzfahrtschiff der Reederei AIDA Cruises. Sie ist das vierte von geplanten sechs baugleichen Schiffen der "Sphinx"-Klasse und das zweite Schiff der Reederei, das

diesen Namen trägt. Die „AIDAblu“ wurde auf der Meyer Werft in Papenburg gebaut. Sie ist 252 Meter lang, verfügt über sieben Restaurants, 13 Bars, einen Golfplatz, einen Kindergarten und eine eigene Einkaufsmeile. Außerdem befindet sich das mit 2.600 Quadratmeter größte Spa der Weltmeere an Bord. Das im Februar 2010 getaufte, 352 Millionen Euro teure Schiff kreuzt zunächst durch die Ostsee und nach Südamerika. AIDA-Sprecher Hans-Jörg Kunze will sich jedoch für Hawaii als Kreuzfahrtziel einsetzen, da er sich von der Schiffsbrauerei einen großen Werbeeffect erhofft. Getreu dem Motto „*Es gibt (kein) Bier auf Hawaii*“. (<http://www.aida.de/>, <http://www.kreuzfahrt-netz.de/aida-blu.html>)

Guam-Bier erhältlich

Guam: „Mid-Pacific Distributors Inc.“ hat Mitte März ein neues Bier auf den Markt gebracht. „The Guam Beer Company“ wird zwar in Korea gebraut und in Getränkedosen abgefüllt, dann jedoch nach Guam zum Verkauf gebracht. Es handelt sich um ein Lager, das speziell für Guam gebraut wird und sich aufgrund seiner Zutaten besonders für Barbecues und Strandparties eignen soll, wie der Marketingmanager von Mid-Pacific, James Castro, mitteilte. Das nur in Getränkedosen erhältliche Bier wird in „Pay less“-Supermärkten, Hotels und Restaurants angeboten. Castro sieht es vor allem als gutes Mitbringsel für Touristen oder Einheimische, die ihren im Ausland lebenden Familienangehörigen ein „Stück Heimat“ mitbringen wollen. Auf der Dose ist ein Ausschnitt der Flagge von Guam zu sehen, sowie Strand, blauer Himmel und Palmen.

(<http://www.guampdn.com>, *Pacific Daily News 10.03.10*)

Zoo rettet Schnecke vor Aussterben

England: Die „Bristol Zoo Gardens“ in der englischen Stadt Bristol bemühen sich, die für die Insel Raiatea (Französisch-Polynesien)

endemische Schnecke „Partula Faba“ vor dem Aussterben zu retten. Die Schnecke gilt in der Natur bereits als ausgestorben, bisher gilt der britische Zoo als einziger Ort weltweit, an dem 88 Exemplare dieser Schneckenart in einem klimaregulierten Raum überlebt haben. Aus dem Bestand entstanden jetzt 15 Jungtiere, nach Aussage des Zoodirektors ein großer Erfolg bei dem Bemühen, die Art vor dem Aussterben zu bewahren.

Info: „Partula Faba“ ist eine Baumschnecke, die zwischen 2 (!) Millimeter und einem Zentimeter groß werden kann. Die Schnecke starb aus, weil ab Mitte der 1970er Jahren „feindliche“ fleischfressende Schnecken von außerhalb Französisch-Polynesiens importiert wurden. Sie sind dafür verantwortlich, dass der Bestand an Baumschnecken zwischen Mitte 1970 und 1990 um 80% abnahm.

Die „Partula faba“ war auf der Reise des britischen Kapitäns James Cook 1769 von den auf dem Schiff „Endeavour“ mitfahrenden Wissenschaftlern entdeckt und beschrieben worden. Neben der „Partula faba“ hatten die Wissenschaftler auf der Insel Tahiti eine ähnliche Baumschnecke entdeckt. 1991 konnten Forscher einige Exemplare der Gattung von Raiatea retten, ab diesem Zeitpunkt wurde die Schnecke als „in freier Wildbahn bereits ausgestorben“ bei der „International Union for the Conservation of Nature“ geführt.

Ziel des Zuchtprogramms des Bristoler Zoos ist langfristig die Auswilderung der Schnecken in ihrer Heimat Raiatea.

Der Zoo von Bristol hat auch bei anderen als ausgestorben geltenen Arten Zuchterfolge aufzuweisen.

(<http://blogs.nationalgeographic.com/blogs/news/chiefeditor/2010/04/bristol-zoo-breeds-worlds-last.html>,
<http://milkriver.blogspot.com/2010/04/env-partula-faba.html>)

Neues Buch über bilums

Papua-Neuguinea: Der französische Ethnologe Dr. Nicholas Garnier hat im April ein Buch über die Herstellung, Verwendung und die kulturelle Bedeutung neuguineischer Netztaschen („bilums“) veröffentlicht. In „Twisting Knowledge and Emotion- Modern Bilums of Papua New Guinea“ berichten 20 Autoren über ihre Beziehungen zu bilums. Das Buch wurde in einer Auflage von 5.000 Stück von der neuguineischen Firma „Tropic Print“ gedruckt und von Dame Carol Kidu an der Universität von Papua-Neuguinea (UPNG) offiziell vorgestellt. Die Gelder für die Herstellung stellte die amerikanische Firma Christensen zur Verfügung.

Info: Dr. Nicholas Garnier ist Dozent für Ethnologie an der Universität in Port Moresby. Er kam bereits 2003 als Französischlehrer an die UPNG und war zudem Direktor der „Alliance Française“ in Port Moresby. Davor hatte der Franzose bereits einige Jahre zu Forschungszwecken in der Provinz East Sepik (Chambri Lakes) verbracht. Garnier interessierte sich für die Machart und Muster der bilums und organisierte die erste bilum-Ausstellung an der Uni. Im Rahmen eines Fachseminars bat er Studenten um Unterstützung, so entstanden 20 ganz persönliche Geschichten über den Gebrauch von bilums in Neuguinea. (*Interview mit Dr. Garnier auf Radio Australia 12.04.10, Post-Courier 01.04.10*)

richt landesweit als Hauptfach an den staatlichen Schulen PNGs eingeführt werden soll. Damit soll die Vermittlung christlicher Werte an die nächste Generation gestärkt und künftige Verantwortungsträger für Staat und Gesellschaft mit einem hohen ethischen Anspruch geprägt und ausgebildet werden. (*National 03.04.10*)

Kirchen mit einbeziehen

Der Oberbürgermeister von Lae, James Khay, hat beantragt, im Parlament künftig zwei Sitze für je eine Repräsentantin oder einen Repräsentanten der Kirchen sowie der Jugend vorzusehen. Er betonte, die Kirchen leisteten seit vielen Jahrzehnten den größten Beitrag zur Entwicklung des Landes und der Menschen und hätten einen Sitz im Parlament verdient. *„Nachdem die Regierung nun auch Frauen ermutigt, sich ins Parlament wählen zu lassen, ist es das mindeste, was wir tun können, auch den Kirchen und der Jugend Sitz und Stimme zu verleihen“*, sagte er. (*National-Online*)

Kirchen vereinigen sich gegen HIV/AIDS

Über 20 Kirchen haben sich zu einer „Koalition gegen AIDS“ zusammengeschlossen und wollen künftig eng mit dem National AIDS-Council zusammenarbeiten. Dessen Vorsitzender, Sir Peter Barter, gratulierte den Kirchenführern zu diesem Schritt. *„Diese Allianz ist ein wichtiger historischer Schritt gegen diese Epidemie. Die Kirchen haben sich von Anfang an gegen die Ausbreitung des Virus engagiert, sich intensiv um Betroffene und ihre Familien gekümmert und gegen Stigmatisierung und Diskriminierung angekämpft“*, betonte er in seiner Rede. (*National-Online*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Religionsunterricht als Hauptfach

Bildungsminister James Marape hat angekündigt, dass während seiner Amtszeit Religionsunter-

Pfarrer gegen Prostitution und gleichgeschlechtliche Eheschließungen

Kirchenführer verschiedener Kirchen haben heftig gegen jegliche Bestrebungen protestiert, die die Legalisierung von Prostitution und gleichgeschlechtlichen Eheschließungen zum Ziel haben. „Wir sind eine christliche Nation. Darum müssen sich alle Gesetze am Wort Gottes messen lassen“, betonte Pfarrer Vincent Miria und nahm für sich in Anspruch, damit für die schweigende Mehrheit der Bevölkerung zu sprechen. (*Post-Courier* 05.03.10)

Kapelle für Krankenhaus

Das Krankenhaus in Kainantu wird das erste Krankenhaus in PNG sein, das eine eigene Kapelle erhält. Dr. Thomas Koimbu unterstrich, dass damit den Menschen nicht nur medizinisch, sondern auch spirituell geholfen werden könne. Damit komme man einer Anregung der WHO nach, die solch einen ganzheitlichen Ansatz ausdrücklich unterstütze. Der Neubau der Kapelle wird voraussichtlich etwa 300.000 Kina (knapp 90.000 Euro) kosten und steht im Zusammenhang einer Generalsanierung des Krankenhauses für 8,7 Mio. Kina (2,5 Mio. Euro). (*National-Online*)

AUS DER ELC-PNG

Rauke Rawa neuer Distrikt-Präsident

Am 9. Mai 2010 wurde Rev. Rauke Rawa von Bischof Giegere Wenge als neuer Präsident des Hagen-Distrikts eingeführt. Außerdem wurde Wane Kanao das Amt des Verwaltungsleiters und Jacob Lama das Amt des Schatzmeisters übertragen. Zu dem feierlichen Gottesdienst waren Delegierte und Gäste aus allen 13 Dekanaten des Hagen-Distrikts auf das Gelände des Theologischen Seminars in Ogelbeng gekommen. Rawa betonte in

seiner Rede, dass seine Türen stets offen stünden für die Anliegen der Pfarrer, Jugendleiter und ehrenamtlichen Mitarbeitenden in seinem Distrikt. (*Post-Courier* 11.05.10)

GUTNIUS LUTHERAN CHURCH

Machtkampf um Bischof Piso

Während der Zweiten Nationalen Pfarrkonferenz der Gutnius Lutheran Church (GLC) Mitte März stimmten knapp 160 der über 200 anwesenden Pfarrer für eine Exkommunikation ihres Bischofs, David Piso. Nach Einschätzung der Pfarrerschaft gibt es mehr als 100 Gründe für diesen drastischen Schritt, darunter Missmanagement, Missbrauch von Geldern, schlechte Leitung der Kirche, Missachtung und Verletzung kirchlicher Lehren, etc. Der stellvertretende Bischof und Vorsitzende der Pfarrkonferenz Nicodemus Aiyene sagte: „Dies bedeutet, dass David Piso ab sofort kein Mitglied der GLC mehr ist und damit automatisch sein Bischofsamt verliert.“ Nun habe er die Möglichkeit, in die Kirche zurückzukehren, wenn er Buße tue und sich für seine zahlreichen Verfehlungen entschuldige. Piso war über 29 Jahre lang Bischof der GLC.

Nach der Pfarrkonferenz hat Piso den Beschluss seiner Exkommunikation nicht akzeptiert und betont, für solche Entscheidungen sei nicht die Pfarrkonferenz, sondern allein die Synode zuständig. Er sei nach wie vor offiziell im Amt als Bischof der GLC und rief die Pfarrer auf, ihrerseits Buße zu tun und sich auf ihre geistlichen Aufgaben zu konzentrieren, anstatt „Kirchenpolitik zu spielen“. Die nächste Synodaltagung ist für Juni geplant. (*National* 24.03.10, 29.3.10)

Pfarrer wegen Mordes verurteilt

Pfarrer Kandata Maua (55) von der Gutnius Lutheran Church wurde zu „16 Jahren Haft mit leichter Arbeit“ verurteilt, weil er im August 2008 seinen Bruder John mit der Axt erschlagen hatte. Die beiden hatten sich über Schilfgras gestritten, das sie zum Dachdecken verwenden wollten. (*National* 18.3.10)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Kirche beklagt wachsende Armut

Auf ihrer jährlichen Tagung der Katholischen Bischofskonferenz haben die Bischöfe eine zunehmende Verarmung der Bevölkerung angeprangert. Soziale Dienste und staatliche Infrastruktur seien seit Jahren rückläufig und die Menschen seien zunehmend frustriert über die Regierung, sagte Bischof Francesco Panfilo. Obwohl das Land reich an natürlichen Ressourcen sei, blieben die Menschen arm, weil nur wenige zumeist ausländische Firmen davon profitierten. (*Pacific Islands Report* 15.04.10)

Bischöfe besorgt über Erdgas-Projekt

Die Katholische Bischofskonferenz brachte ihre Besorgnis über mögliche Umweltzerstörungen und soziale Konflikte bei der geplanten Förderung von Erdgas in der Südliches-Hochland-Provinz zum Ausdruck. Die Bischöfe beklagten die mangelhafte und unzureichende Informationspolitik der beteiligten Firmen sowie der Regierung über mögliche negative Auswirkungen auf Umwelt und Menschen der betroffenen Regionen. „Umweltorganisationen, Medien, Nicht-Regierungsorganisationen und Kirchen müssen wachsam sein und bereit, ihre Stimme für die Menschen von PNG und für Gottes Schöpfung zu erheben“, heißt es in einer Ver-

lautbarung der Bischofskonferenz.
(*Post Courier* 21.4.10)

50 Jahre Mariannahill Missionare

Tausende von Katholiken feierten in Lae den 50. Jahrestag der Ankunft der ersten Mariannahill Missionare in PNG. Die Messe im Sir Ignatius Kilage Stadium in Lae wurde vom Apostolischen Nuntius, Erzbischof Francisco Montecillo Padila, zelebriert. Prediger war Father Anton Muldernik, der letzte noch lebende Missionar der Gruppe, die 1960 nach PNG gekommen war.

Papst Johannes XXIII. hatte die Missionare von Mariannahill am 18. Juni 1959 offiziell damit beauftragt, in PNG eine Niederlassung zu gründen. (*Post Courier* 16.4.10)

Bischof Marx und Bischof Kronenberg verabschiedet

Zwei wohlverdiente Bischöfe wurden von der Katholischen Bischofskonferenz in den Ruhestand verabschiedet: Bischof John Paul Marx von der Diözese Kerema und Bischof Henk Kronenberg von Bougainville. Beiden haben das 75. Lebensjahr erreicht.

Kronenberg kam 1965 nach PNG und wirkte zunächst neun Jahre lang als Priester in Port Moresby, bevor er nach Bougainville versetzt wurde. 1999 wurde er dann zum Bischof von Bougainville ernannt. Zu seinem Nachfolger wurde Bernard Unabali berufen, der selbst aus Bougainville stammt.

In Kerema tritt Patrick Taval in die Fußstapfen von Bischof Marx, der als 29-Jähriger 1964 nach PNG gekommen war. Er hat sich insbesondere im Gesundheitsbereich und der Infrastrukturentwicklung einen Namen gemacht. 1985 war er zum Bischof von Kerema berufen worden. (*Post-Courier* 15.04.10)

† Bischof Lieshout

Bereits am 24. Dezember 2009 ist in Lae Bischof Emeritus Henry van Lieshout verstorben. Während der Vorbereitung für die Heilig-Abend-Messe ist er friedlich in seinem Sessel eingeschlafen. 1932 wurde er in den Niederlanden geboren, trat später den Mariannahill Missionaren bei und wurde 1959 zum Priester geweiht. 1960 kam er mit einer kleinen Gruppe nach Lae, um dort in der lutherischen Hochburg die Anfänge einer katholischen Kirche für die Morobe Provinz zu begründen. 1966 wurde er zum ersten Bischof der Diözese Lae ernannt. (*Missions-Magazin Mariannahill* 03/2010)

Jahresversammlung der Ordensoberen

Kath. Kirche/Goroka: Acht Tage lang tagten im März 50 katholische Ordensoberen und zwei Bischöfe (Ordenspriester) im Kefamo Conference Centre in Goroka. Unterstützt wurden sie dabei durch eine Moderatorin und zwei Dozenten, die Impulse gaben.

Die „Federation of Religious“ (FOR) organisiert in jedem Jahr die Fortbildungskurse für in Papua-Neuguinea und den Salomon-Inseln tätige Ordensleute. Das jährliche, mehrtägige Treffen der Ordensoberen dient der spirituellen Erneuerung, der Fortbildung und dem Austausch. Diesmal stand das Treffen unter dem Thema "Spiritual Leadership - Called to Inspire....".

In einem Workshop wurden Verständnis von Führung und Verantwortung der Führungsrolle reflektiert, es blieb Zeit für den informellen Austausch und auch die Berichterstattung über verschiedene Projekte der FOR sowie separate Konferenzen der „Congregations of Women Religious“ und „Congregations of Men Religious.“

Die zentrale Organisation der Fortbildung für Mitglieder aller in Papua-Neuguinea und den Salomon-Inseln tätigen Orden ist

durch die „Federation of Religious“ sehr gut organisiert und hat die Zusammenarbeit und den gegenseitigen Austausch der verschiedenen Kongregationen nachhaltig gefördert. (*Artikel von Anne Knörzer, Missio Aachen*)

Wiederaufbau des Pfarrhauses in Haisi kann beginnen

Kath. Kirche/Bougainville: Bereits 1966 wurde ein Pfarrhaus in der Pfarrei Haisi (Insel Bougainville) gebaut. Als aber im Jahr 1980 die Zahl der ausländischen Missionare kleiner wurde, musste die Pfarrei von der Nachbarpfarre Monoitu aus betreut werden. Mit Beginn des Bürgerkriegs 1988 war für zwölf Jahre nicht an die Präsenz eines Priesters in dieser besonders umkämpften Zone zu denken. Hin und wieder wagten Priester unter Lebensgefahr Besuche bei den Gläubigen. Diese bekunden heute, dass der Glaube und das religiöse Leben aufgrund der kleinen christlichen Gemeinschaften nicht zu Grunde ging.

Viele Bewohner der sehr entlegenen Pfarrei wurden während des Bürgerkriegs getötet. Insbesondere die besser ausgebildeten Einheimischen waren bevorzugtes Ziel und Opfer der Regierungstruppen, weshalb heute ein eklatanter Mangel an Führungskräften besteht.

Die Kirche leistet in Bougainville viel Trauma-Aufarbeitung und Ausbildung. Wichtig war auch die Wiederbesetzung der Pfarrstelle in Haisi. Seit 2007 ist der einheimische Priester Fr. Leo Kakaia im Amt. Das alte Pfarrhaus wurde aber während des Bürgerkriegs durch Soldaten der „Bougainville Defence Force“ genutzt und nach deren Abzug wurden Fenster, Treppen, Türen etc. zerstört. Zurzeit lebt der Priester in einer Hütte aus Buschmaterial auf der Rückseite des demolierten Gebäudes. Die Mittel für den Wiederaufbau stehen inzwischen jedoch bereit und mit den Arbeiten wird in Kürze begonnen. (*Artikel von Anne Knörzer, Missio Aachen*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Regierung nicht gegen Methodisten

Fidschi: Fidschis Premierminister Commodore Voreqe Bainimarama hat der Methodistischen Kirche versichert, dass die Regierung nicht generell gegen die Kirche eingestellt sei. Er äußerte sich aber besorgt darüber, dass einzelne Kirchenführer und Pfarrer sich immer wieder in parteipolitische Angelegenheiten eingemischt hätten und so versucht hätten, die Kirche zu politisieren und für ihre politischen Ansichten zu instrumentalisieren. Dagegen habe sich die Regierung verwahrt, was in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt habe, die Regierung sei grundsätzlich gegen die gesamte Kirche eingestellt. Er betonte, die Regierung werde die Kirche auch weiterhin tatkräftig unterstützen wenn sie sich auf ihre wahre Aufgabe der geistlichen Begleitung ihrer Mitglieder besinne. (Pacific Islands Report, 25.03.2010)

Kirchen gegen Casino

Samoa: Rev. Hemi Faaeafaleupolu von der „Congregational Christian Church of Samoa“ hat sich vehement gegen die Einführung von Casinos auf Samoa ausgesprochen. Aus seiner Erfahrung in Neuseeland wisse er, dass viele Spielsüchtige dadurch Haus und Hof verlieren und ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Familien und Kirchen nicht mehr nachkommen würden, ganz zu schweigen von den sozialen Problemen, die damit einhergingen. Seiner Kritik angeschlossen hat sich Paulo Pelenato als Vertreter der Siebten-Tags Adventisten. (Pacific Islands Report, 17.03.2010)

Bischof kritisiert Premierminister

Cookinseln: Bischof Tutai Pere von der Apostolischen Kirche hat seinen Premierminister Jim Marurai heftig kritisiert und ihm vorge-

worfen, dass die Demokratie in den ersten fünf Monaten seiner Amtszeit nahezu kollabiert sei durch seine Ankündigung, das Land mit der Unterstützung von nur fünf Parlamentsabgeordneten führen zu wollen. Er warf ihm vor, sein Verhalten habe gewisse Ähnlichkeiten mit der Militärregierung in Fidschi, die durch einen Coup an die Macht gekommen war. *„Es ist ein Zusammenbruch der Demokratie, den wir hier erleben. Wir haben gerade mal eine Handvoll von Parlamentariern, die sich nicht einer zweidrittel Mehrheit des Parlaments fügen wollen und so die Autorität des Parlaments missachten“*, sagte der Bischof. (Pacific Islands Report 05.04.2010)

Sexueller Missbrauch

Guam: Die Aufdeckung sexueller Missbrauchsfälle in der katholischen Diözese Guam sorgt für Aufregung. Betroffene trauen sich nur sehr zögerlich, über ihre Erfahrungen zu reden und damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Nun hat die Erzdiözese von Agana in einer Presseerklärung dazu aufgerufen, schonungslos alle sexuellen Missbrauchsfälle durch Priester bei den zivilen Behörden anzuzeigen. *„Sexueller Missbrauch ist eine der größten Verfehlungen, denn unser Herr ruft uns dazu auf, die Unschuldigen und Verletzlichen zu schützen – unsere Kinder. Wir nehmen den Schutz der Kinder sehr ernst. ... Gemeinsam können wir unsere Häuser, Schulen, Büros und Einrichtungen sicherer machen für die Kinder“*, heißt es in der Verlautbarung. (Pacific Islands Report 12.04., 15.04., 21.04.2010)

Jubiläum gefeiert

Frz.-Polynesien: Protestantische Gemeinden in Französisch Polynesien feierten im März die Ankunft der ersten Missionare vor 213 Jahren. Jedes Jahr wird in einem fröhlichen und farbenprächtigen Fest der Ankunft der ersten 18 Missionare der „London Missionary Society“ am 5. März 1797

an Tahitis Nordküste gedacht. Die Ma'ohi Protestant Church (bis 2004 „Evangelical Church of French Polynesia“ genannt) ist eine der größten religiösen Gemeinschaften in Tahiti. Während der offiziellen Feierlichkeiten legten Vertreter der Regierung und der Kirche Kränze an den Gräbern der Missionare Henry Nott und John Jefferson nieder. Nott hatte als Lehrer den Sohn des damaligen Chiefs Pomare II. erzogen, während Jefferson die Bibel in „reo ma'ohi“, die einheimische Sprache auf Tahiti, übersetzt hat. (Pacific Islands Report 08.03.2010)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Islands Business
• Flash d'Océanie • National
• Oceania Flash • Pacific Beat
• Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand
• Sydney Morning Herald • Tahiti-press • The Lutheran
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE



**Mission
EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120